

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Anfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.— Mark monatlich, zusätzlich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a, Fernruf: 77, Jenowitz, 9909. Postcheckkonto Berlin, Nr. 80460 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.).

NUMMER 209 B

BERLIN • Dienstag, den 6. September 1932

1. JAHRGANG

Macht Schluß mit den Worten; entschließt euch zum Kampf!



W—er. Der Bundesausschuß des ADGB befaßte sich mit den von der P a p e n -Regierung in Münster angekündigten wirtschaftspolitischen Aktionen. Nach dem Bericht des „Vorwärts“ bestand:

„Einmütigkeit darin, daß diese Pläne die Gewerkschaften zu scharfer Abwehr herausfordern müssen. Entschieden bekämpfen die Gewerkschaften vor allem die mit den Plänen der Reichsregierung verbundene Absicht, den Tariflöhnen nach erfolgten Neueinstellungen von Arbeitskräften für alle Betriebsangehörigen zu senken. Durch die Lohnkürzungen der

der Arbeiterschaft H i n d e n b u r g anzuführen, der in seinem frommen Wunsch den Reichskanzler gebeten hat, er möge darauf achten, daß die Lebenshaltung der deutschen Arbeiterschaft gesichert und der soziale Gedanke gewahrt bleibe. Was sollen an diese Reichsregierung gerichtete die ständigen — sogar richtigen — Beteuerungen, daß durch Lohnkürzungen die Kaufkraft der breiten Konsumentenmassen geschmälert und dadurch die Arbeitslosigkeit weiter steigen würde? Was sollen vor allem nach den starken Worten von dem „Entschieden-bekämpfen-müssen“ diese bloßen Flickschustervorschläge zu dem P a p e n -Programm? Wo bleibt hier auch nur ein einziges Wort an die Arbeiterschaft, was die Gewerkschaften — abgesehen von Telegrammen an H i n d e n b u r g und Besuchen bei irgend einem Minister — zu unternehmen gedächten, was nach Kampf aussieht?

AUS DEM INHALT:

Fünf Urteile Sonderjustiz.
Hilfswerk allein tut's freilich nicht.
Nationalismus auf dem Katholikentag.
Parade auf dem Tempelhofer Feld.
Von der internationalen Arbeiterfront.
Vom Kampf um Sowjet-Aufträge.

Die Wirkung der gewerkschaftlichen Passivität.

Die Wirtschaftsverordnung unterzeichnet.

Die Verordnung „zur Behebung der Wirtschaft“ ist am Sonntag von H i n d e n b u r g unterzeichnet worden. Sie gliedert sich in vier Teile und zwar:

1. „Entlastung der Wirtschaft“, 2. „Sozialpolitische Maßnahmen“, 3. „Kreditpolitische Maßnahmen“, 4. „Finanzpolitische Maßnahmen“.

Das Kernstück dieser Verordnung bildet die vom Reichskanzler von P a p e n in Münster angekündigte Ermächtigung zur Einrichtung von Steueranrechnungsscheinen in Höhe von 1,5 Milliarden Mark sowie zur Aussetzung von Prämien in Höhe von insgesamt 700 Millionen Mark für Neueinstellung von Arbeitskräften, d. h. je Neueinstellung 400 Mark jährlich. Der Stichtag für die Inangasetzung dieses Programms wird der 1. Oktober 1932 sein.

Außer dieser Verordnung des Reichspräsidenten wird eine Durchführungsverordnung erlassen werden, in der u. a. auch die Auflockerung des Tarifwesens behandelt sein wird. Die darin enthaltenen Maßnahmen sollen umgehend in die Tat umgesetzt werden.

Ein Teil der Verordnung wird sich mit den vom Reich subventionierten Betrieben befassen. Für die Dauer der finanziellen Beihilfe müssen die Gehälter in diesen Betrieben den Gehältern in den Reichsbetrieben entsprechen.

An der ganzen Verordnung, die im Text noch nicht vorliegt, hat sich nach dieser Ankündigung also offenbar gegenüber der P a p e n s c h e n Voranmeldung nichts geändert!

Was werden die Gewerkschaften nun an Kämpfen unternehmen?

Erfolgreicher Proteststreik.

Im „Funken“ Nr. 193 berichteten wir, daß beim „Hamburger Fremdenblatt“ ein kurzer, spontaner Streik ausgebrochen war. Anlaß dazu gab die Kündigung der gesamten Belegschaft der Buchbinderei. Die Geschäftsleitung wollte nach der Entlassung neue Arbeiter einstellen, die zu niedrigeren Löhnen und verschlechterten Arbeitsbedingungen arbeiten sollten. Die anschließenden Verhandlungen haben jetzt mit einem Erfolg der Gewerkschaften geendet. Die Kündigungen sind rückgängig gemacht worden.

letzten Jahre ist das Einkommen der Arbeiter und Arbeiterinnen bereits weit unter den Betrag gesunken, der zur Erhaltung der notdürftigsten Existenz unentbehrlich ist. Weitere Lohnsenkungen würden eine unerträgliche Verschärfung der sozialen Bedrängnis der arbeitenden Bevölkerung sowie eine weitere Schrumpfung der Kaufkraft der breiten Konsumentenmassen und neue, gesteigerte Arbeitslosigkeit zur Folge haben. Ueberdies ist der Bundesvorstand der Ansicht, daß das von der Regierung verfolgte Ziel, einen Anreiz zu Neueinstellungen von Arbeitskräften zu geben, auch erreicht werden würde, wenn es bei der im Plan der Reichsregierung vorgesehenen Zahlung der Prämie von 400 Mark für jeden neuangestellten Arbeiter sein Bewenden hätte. Im Rahmen des Gesamtplanes der Regierung kann auf die Kürzung der Löhne verzichtet werden, ohne den von der Regierung erwarteten Effekt des Planes zu schmälern. Und auf die Kürzung der Löhne muß verzichtet werden, wenn die Reichsregierung der Mahnung des Reichspräsidenten, sie möge darauf achten, „daß die Lebenshaltung der deutschen Arbeiterschaft gesichert und der soziale Gedanke gewahrt bleibe“, gerecht werden will.

Diese Erklärung der größten deutschen Arbeiterorganisation ist mehr als je eine andere Erklärung der Gewerkschaften geeignet, schärfsten Widerspruch bei allen hervorzurufen, die wirklich, wie die Gewerkschaften es hier formulieren, die

Vorschläge der Reichsregierung entschieden bekämpfen wollen. Die ganze Erklärung nach außen, die doch offensichtlich dazu da sein soll, von Herrn P a p e n gelesen zu werden, ist einmal überhaupt viel zu lang und außerdem viel zu sehr auf gutes Zureden abgestellt, als daß sie auf eine so massivreaktionäre Masse, wie die jetzt in Deutschland herrschenden Spitzen der bürgerlichen Klasse irgend einen nachhaltigen Eindruck verursachen könnte.

Was soll es z. B. in einer solchen Kundgebung der Arbeiterschaft bedeuten, als Zeugen für die berechtigten Wünsche

Eine Postkarte schreiben kann jeder für sich, dazu braucht er nicht organisiert zu sein.

Gegenüber der jetzigen Regierung haben Proteste der Arbeiterschaft nur Sinn, wenn sie begleitet werden von T a t e n. Wo bleibt also z. B. auch nur eine einzige große Gewerkschaftskundgebung gegen den P a p e n s c h e n Plan des weiteren Lohnabbaus? Der „politische Burgfriede“ ist aufgehoben; am 1. September hätte kein Gewerkschaftsmitglied und kein Gewerkschaftsführer etwas anderes zu tun haben dürfen als in öffentlichen Versammlungen der Gewerkschaften zu erscheinen und hier zu

demonstrieren, daß die Arbeiterschaft auf dem Plan ist, wenn man versucht, an ihre Rechte zu rühren.

Die Waffe des Generalstreiks hätte (statt von einem prominenten Führer der freien Gewerkschaften, wie Brandes in Dortmund, verächtlichmachend auf dieselbe Stufe mit Putsch gestellt zu werden) in öffentlichen Versammlungen der Arbeiterschaft ernsthaft diskutiert werden müssen. Da die Forderungen der Arbeiterschaft im Reichstag nicht vertreten werden können, müssen sie durch die berufenen Organisationen der Arbeiterschaft außerhalb des Reichstages an die Regierung herangebracht werden. Aber diese Forderungen sollen öffentlich vertreten werden, von denen, die die Lohnkürzung am eigenen Leibe spüren, damit jeder sieht, daß nicht nur ein Paar-Männer-Kollegium, am grünen Tisch, sich damit befaßt hat, sondern, daß die gesamte Arbeiterschaft in dieser Frage an die Regierung P a p e n eine entschiedene Forderung zu stellen hat; die von einer Drohung begleitet werden muß, und zwar von der Drohung:

Wenn die Regierung weiter so wie bisher die Interessen der Arbeiterschaft völlig vernachlässigt, wird die Arbeiterschaft diese Regierung zurückjagen dahin, woher sie gekommen ist.

Die Lage der Arbeitslosen und die Gewerkschaften in England.

Einer der wichtigsten Punkte auf der Tagesordnung des englischen Gewerkschaftskongresses ist die Lage der Arbeitslosen. Sechs Resolutionen sind zu diesem Punkte eingebracht worden, die übereinstimmend in der Verurteilung der von der Nationalregierung eingeführten Sparmaßnahmen, und die alle in den Vordergrund die Forderung stellen:

Fort mit der Bedürftigkeitsprüfung!

Auch der Bericht des Generalrats der Gewerkschaften beschäftigt sich eingehend mit dieser Frage, vor allem mit den Verhandlungen zwischen den Gewerkschaften und der Regierung über die Erwerbslosenunterstützung, und mit dem eng mit dieser Frage verbundenen Problem der Organisation der Erwerbslosen.

Der Bedürftigkeitsnachweis und die Kürzung der Unterstützung um 10 Prozent sind die beiden bedeutenden Änderungen in der Arbeitslosen-Gesetzgebung, die von der Nationalregierung eingeführt worden sind und die einen Sturm der Entrüstung in der Gewerkschaftsbewegung hervorgerufen haben.

Der Bedürftigkeitsnachweis verurteilt alle Erwerbslosen, die 26 Wochen lang Unterstützung bezogen haben, dazu, eine amtliche Untersuchung aller ihrer Möglichkeiten, sich ohne Erwerbslosenunterstützung am Leben zu erhalten, über sich ergehen zu lassen. Bezüge von Pension, Versicherung, gewerkschaftlicher Erwerbslosenunterstützung u. s. w. werden von der staatlichen Unterstützung abgezogen, ja sogar das Einkommen anderer Familienmitglieder wird in Rechnung gestellt und wenn irgend möglich, werden diese mit der Unterstützung des Erwerbslosen betraut. Z. B. wurde zwei erwerbslosen Brüdern im Alter von 23 und 24 Jahren die Unterstützung entzogen, weil ihre Eltern eine Pension von 40 Shilling, also etwa 30 Mark, in der Woche bezogen. Dieser Fall ist nicht besonders kraß; weit schlimmere ereignen sich häufig. Auf diese Art ist in der Zeit vom 13. Oktober 1931 bis zum 19. März 1932 nicht weniger als 429 390 Arbeitern die Unterstützung entzogen worden und 1 500 429 Arbeitern wurde sie gekürzt.

Selbstverständlich ist es die Pflicht der noch erwerbstätigen Arbeiter, aus Solidarität mit ihren arbeitslosen Kollegen gegen dieses System zu kämpfen; aber noch aus anderen Gründen ist dieser Kampf erforderlich.

Zur Zeit der Arbeiterregierung haben sich Vertreter der Unternehmer offen darüber beklagt, daß die „hohe“ Erwerbslosenunterstützung ein Hindernis für Lohnsenkungen sei. Jetzt sind die Unterstützungen gesenkt oder ganz gestrichen, und in den Baumwollkämpfen in Lancashire hat sich die verstärkte Notlage der Erwerbslosen in der, von den Unternehmern gewünschten Weise bemerkbar gemacht: eine Anzahl von ihnen haben sich bereit erklärt, unter Tariflöhnen zu arbeiten. Die Besserung der Lage der Erwerbslosen ist daher heute vielleicht die wichtigste Vorbedingung für die Erhaltung des Lebensstandards der Erwerbstätigen.

Die Notlage der Erwerbslosen bringt noch eine andere Gefahr mit sich, die sich in den Bewerbungen um den Eintritt in die Armee offenbart: 1913 betrug ihre Zahl 46 193, 1930: 66 717, 1931: 82 682!

Die Organisation der Erwerbslosen.

Noch auf eine andere Art gefährden die Erwerbslosen eine erfolgreiche Gewerkschaftsarbeit: Die meisten von ihnen sind nicht organisiert, viele können es gar nicht sein,

well viele große Verbände, wie der der Bergarbeiter, ihnen keine Möglichkeit verschaffen, ihre Mitgliedschaft bei Zahlung eines geringen Beitrages aufrechtzuerhalten. Auf diese Art ist die Mehrzahl der Arbeitslosen, deren Armees schon fast so groß ist wie die der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, völlig von den Organisationen getrennt worden.

Verschiedene Versuche sind gemacht worden, um die Erwerbslosen zu organisieren. Vor mehr als zehn Jahren ist die National Unemployed Workers' Movement (NUWM, Nationale Arbeitslosenbewegung) geschaffen worden. Obwohl die Führer zumeist kommunistisch waren, hat der Generalrat der Gewerkschaften mit ihnen zusammen gearbeitet. Erst als die Führer der NUWM gegen die Gewerkschaften öffentlich Propaganda machten, wurden die Beziehungen im Jahre 1926 vom Generalrat abgebrochen. Seitdem ist die NUWM nichts als eine Unterorganisation der KP und hat keinen großen Einfluß. Die Zahl der Mitglieder wurde 1931 mit 33 000 angegeben. Der Generalrat der Gewerkschaften machte einige Versuche, selber Erwerbslosen-Organisationen zu schaffen. Aber diese Versuche wurden, infolge des Protestes einiger Führer großer Gewerkschaftsverbände, die wohl befürchteten, daß mit den Erwerbslosen radikale Elemente in die Gewerkschaften kommen könnten, nach dem Gewerkschaftskongreß von 1927 eingestellt. Die Gewerkschaftsführer waren der Ansicht, daß es Aufgabe der bestehenden Verbände sei, die Erwerbslosen zu organisieren. Bisher ist jedoch noch nichts davon zu merken, daß die bestehenden Verbände dieser Aufgabe gerecht werden.

Seit 1927 ist die Zahl der Erwerbslosen aber auf mehr als das Doppelte gestiegen; und daher beschloß der Generalrat im Januar 1932, die Bildung lokaler Erwerbslosen-Organisationen zu fördern. 58 solcher Organisationen sind seitdem entstanden, mit einer Mitgliedschaft von je 50 bis 1000 Arbeitern; die Bildung von 52 weiteren Organisationen wird noch beraten.

Der Generalrat wird die von ihm in dieser Frage ergriffene Initiative auf dem Gewerkschaftskongreß zu verantworten haben und er versucht in seinem Bericht, sich die Zustimmung der großen Verbände dadurch zu sichern, daß er darauf hinweist, daß die Erwerbslosengruppen an der Werbung von Gewerkschaftsmitgliedern arbeiten. In Bristol hat ihre Tätigkeit dazu geführt, daß 700 Arbeiter in die Gewerkschaften eingetreten sind.

Während es zu begrüßen ist, daß überhaupt mit der Organisation der Erwerbslosen begonnen worden ist, ist die Art der Organisation, wie der Generalrat sie eingeführt hat, noch keineswegs befriedigend. Die Erwerbslosen-Organisationen sind den anderen Gewerkschaften völlig untergeordnet. In Gewerkschaftsräten dürfen sie z. B. nur zu solchen Punkten das Wort ergreifen, die die Erwerbslosen betreffen. Auf dem Gewerkschaftskongreß, der über die Stellungnahme der Bewegung zu allen wichtigen Fragen zu entscheiden hat, sind sie nicht vertreten. Diese Unterordnung der Erwerbslosen unter die Erwerbstätigen stellt eine große Gefährdung der Solidarität der Arbeiter und des Erfolges der Erwerbslosen-Organisationen dar.

Aber weder die Gründung von Organisationen, noch Resolutionen, die die Entrüstung der Arbeiter über die Bedürftigkeitsprüfung zum Ausdruck bringen, erfüllen einen nützlichen Zweck, wenn sie nicht eingesetzt werden zu einem scharfen

Kampf für die Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung.

Der Generalrat der Gewerkschaften hat seinen Kampf bisher darauf beschränkt, Delegationen zur Regierung zu schicken, die dieser ihre Entrüstung mitteilen. Dadurch wird aber die reaktionäre Regierung Englands nicht dazu bewegt, ein so ausgezeichnetes Kampfmittel gegen die Arbeiter, wie die Bedürftigkeitsprüfung, aufzugeben.

Was erforderlich ist, und was auch in den Resolutionen fehlt, die dem Gewerkschaftskongreß vorgelegt werden, das sind konkrete Vorschläge für Aktionen, die von den Gewerkschaften eingeleitet werden müßten. Solch eine Aktion wäre z. B. eine sich über ganz England erstreckende Kundgebung erwerbstätiger und erwerbsloser Arbeiter gegen die Bedürftigkeitsprüfung. Eine solche Aktion würde nicht nur die Solidarität der Arbeiter stärken, sondern sie würde auch der Regierung zeigen,

daß die Gewerkschaften ihre ganze Kraft einsetzen für die Forderung, daß endlich Schluß gemacht wird mit der Methode, auf Kosten der Erwerbslosen zu sparen.

Es kommt gar nicht darauf an, gleich zum Generalstreik aufzurufen; es kommt darauf an, der Regierung und ihren Hintermännern zu zeigen, daß die Entrüstung der Arbeiter zum Kampf benutzt, und nicht in die ungefährlichen Kanäle von bloßen Resolutionen und Protest-Delegationen abgeleitet wird.

Allan Flanders.

Das Vertrauensabkommen wieder in Kraft.

Die Wirkung der deutschen Wehrdenkschrift.

Die französische Regierung hat den Text der deutschen Denkschrift zur Gleichberechtigungsfrage allen Unterzeichnern des Lausanner Vertrauensabkommens vorgelegt und ist mit einigen von ihnen bereits in einem Meinungsaustausch über die deutschen Ansprüche eingetreten. Wie es heißt, verhalten die Polen sich ablehnend; von den übrigen Unterredungen erfährt man gar nichts. Die amtlichen Stellen sind nach wie vor äußerst zurückhaltend gegenüber allen Fragen nach der deutschen Denkschrift und der Stellung der französischen Regierung dazu.

Es ist bemerkenswert, daß der deutsche Schritt in der Wehrfrage sofort den Mechanismus des Vertrauensabkommens ausgelöst hat. Wochenlang schien es, als sei dieses Abkommen und die in ihm zum Ausdruck kommende neue englisch-französische Freundschaft schon wieder in Vergessenheit geraten. Während England, ganz in Anspruch genommen von seinen Empire-Interessen, die in Ottawa zur Diskussion standen, sich von den Verhandlungen der übrigen Mächte fernhielt, versuchte Frankreich für sich, auf dem Wege von Handelsabkommen mit Amerika, die Frage der Kriegsschulden zu bereinigen.

Aber Herriot ist offensichtlich darum bemüht, die in Lausanne angeknüpften Beziehungen zu pflegen. Sein Besuch auf den englischen Kanalinseln war keine bloß private Freundschaftsbeziehung, die er dem englischen Außenminister erwies, sondern eine Betonung der neu geschlossenen „Entente cordiale“. Die Behandlung der deutschen Denkschrift — deren inhaltliche Beantwortung Herriot allerdings auch schon aus innenpolitischen Gründen gewiß gern hinauszögert — und die französische Vorbereitung der Konferenz von Stresa, deretwegen ihr Vorsitzender, Bonnet, eingehende Gespräche mit den zuständigen Londoner Stellen hatte, liegen in der gleichen Richtung.

Zamora erhält einen Orden.

Die französische Regierung hat, wie Herriot Pressevertretern mitteilte, in dem Gefühl der Verpflichtung, dem spanischen Volk und seinem erwählten Präsidenten einen Beweis der Achtung und der Freundschaft zu geben, beschlossen, Zamora das Großkreuz der Ehrenlegion zu verleihen.

Eine bedenkliche Ehrung für den Präsidenten einer Republik, die mit dem Anspruch gegründet wurde, daß hier ein sozialistischer Staat errichtet werden sollte!

Die Tagesordnung der 68. Ratstagung des Völkerbundes, die Mitte September in Genf stattfindet, ist jetzt veröffentlicht worden. Außer dem Bericht der Mandchurei-Kommission, der in diesen Tagen aus Schanghai nach Genf abgeschickt wird, sollen mehrere wichtige Minderheitsfragen beraten werden. Eine Erörterung des Konflikts zwischen Bolivien und Paraguay ist nicht zu erwarten, da keine der beiden streitenden Parteien bisher den Rat zur Entscheidung angerufen hat.

Die neuesten Zeitungsverbote.

Die in Opatowitz erscheinende polnische Zeitung „Noviny Codzienne“ ist für drei Tage verboten worden, mit der Begründung, daß sie die Beuthener Polizei verächtlich gemacht habe.

Die in Opatowitz erscheinende polnische Zeitung „Noviny Codzienne“ ist für drei Tage verboten worden, mit der Begründung, daß sie die Beuthener Polizei verächtlich gemacht habe.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Lippmann, Berlin. Verl.: Internationale Verlagsanstalt GmbH, Berlin S 14, Inselstr. 8 a. Tel.: P 7 Jannowitz 5909. Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerei und Verlag GmbH, Berlin SO 36, Elisabethufer 29/29.

China — Rußland — Japan.

Der Abschluß des japanisch-mandschurischen Bündnisses hat in Schanghai den Wunsch verstärkt, daß die chinesisch-russischen Verhandlungen über einen Nichtangriffspakt schneller von der Stelle rücken. Wie es heißt, hat die chinesische Zentralregierung ihre Abordnung in Moskau angewiesen, die Verhandlungen zu beschleunigen. Eine amtliche Bestätigung der Meldung liegt noch nicht vor.

Diesen Verhandlungen stehen allerdings die Kämpfe, die die Nanking-Regierung fast dauernd mit den kommunistischen Truppen in China führt, stark im Weg. Gerade jetzt hegt die chinesische Regierung den Verdacht, daß die Sowjet-Regierung der chinesischen kommunistischen Armee Flugzeuge geliefert habe. Gegen weitere derartige Transporte sowie gegen die Lieferung von Brennstoff sind von seiten der chinesischen Regierung scharfe Maßnahmen ergriffen worden.

Der japanische Botschafter in Moskau hat inzwischen von seiner Regierung den Auftrag erhalten, die Sowjet-Regierung von dem japanisch-mandschurischen Bündnis zu unterrichten und dabei zu betonen, daß dieses Bündnis sich weder gegen Rußland noch gegen China richte.

Die Lage in der Mandchurei ist nach wie vor durch die Cholera und die blutigen Kämpfe zwischen chinesischen Freischärlern und japanischen Truppen charakterisiert. In einer

Woche sind, laut einer japanischen Meldung, allein in Charbin 3500 neue Cholerafälle aufgetreten.

In Schanghai verschärfen sich die chinesisch-japanischen Spannungen, von neuem durch den hartnäckigen Boykott japanischer Waren seitens der Chinesen. Es kam verschiedentlich zu handgreiflichen Streitigkeiten. In Tschapei ist der Belagerungszustand erklärt worden; chinesische Polizisten bewachen die japanischen Geschäfte, um die Ruhe zu sichern.

Und der Völkerbund!

Der Mandchurei-Ausschuß hat seine Arbeit beendet und dem Völkerbund den Antrag gestellt, die Diskussion über die japanisch-chinesische Streitfrage zur Diskussion zu stellen. Eine weitere Verschleppung läßt sich nicht mehr mit dem Hinweis auf das erst einzuholende Gutachten rechtfertigen. Was wird geschehen?

Nach englischen Pressemeldungen rechnet man in London damit, daß die fernöstliche Frage bald nichts mehr mit dem Völkerbund zu tun haben werde. Denn wenn Japan aus dem Völkerbund austrete, so seien die drei hauptsächlich interessierten Mächte (Japan, Amerika und Rußland) keine Mitglieder des Völkerbundes.

5 Urteile Sonderjustiz.

Über 19 Jahre Zuchthaus für Arbeiter.

Gericht: Sondergericht Liegnitz.
Urteil: Acht Jahre Zuchthaus und acht Jahre Ehrverlust für den Russen Baranow.
Politische Richtung des Angeklagten: Antifaschist.
Bericht: Baranow hatte in der Nacht zum 7. August in Bunzlau auf ein SA-Heim und außerdem auf zwei SA-Leute geschossen und einen von ihnen in den Hals getroffen.

Gericht: Sondergericht Hagen.
Urteil: Je zwei Jahre Zuchthaus für Korte, Roedelbronn, Runte und Ueber.
Politische Richtung der Angeklagten: Kommunisten.
Bericht: Angeblich versuchter Totschlag.

Gericht: Sondergericht Breslau.
Urteil: Sieben Monate Gefängnis für einen Angeklagten.
Politische Richtung des Angeklagten: Nationalsozialist.
Bericht: Ein „Überfallwagen“ der SA war am Abend des Wahltages an einer Menschenansammlung auf einem Breslauer Platz vorbeigefahren, hatte plötzlich gestoppt, der Führer des SA-Kommandos war vom Wagen gesprungen und hatte mehrere Schüsse aus seiner Pistole abgegeben. Ein unbeteiligter Straßenbahnarbeiter, der zufällig vorbeikam, wurde in die Brust getroffen und erheblich verletzt.
Vergleiche hierzu die ersten beiden Urteile.

Gericht: Sondergericht Altona.
Urteil: Sieben Nazis erhielten Gefängnisstrafen von vier bis zu fünf Monaten. Ein Nazi wurde freigesprochen. Drei Kommunisten erhielten Gefängnisstrafen von drei bis zu sechs Monaten.

Bericht: Die Nazis waren am 17. Juli von der Altonaer Blut-Demonstration im Lastauto nach Hause gefahren und hatten in Pinneberg und Itzehoe Zusammenstöße mit Kommunisten. Bei den Nazis wurden 25 Revolver und viele Hieb- und Stichwaffen gefunden. Bei den verurteilten Kommunisten waren eine Pistole, ein Seitengewehr und ein Schraubenschlüssel gefunden worden.

Gericht: Sondergericht Düsseldorf.
Urteil: Schütt ein Jahr Zuchthaus; Kulesa, Frau Oehnhäuser und Frau Köllner je ein Jahr ein Monat

Zuchthaus. Außerdem erhielt ein Angeklagter drei Monate Gefängnis.

Politische Richtung der Angeklagten: Anscheinend linke Arbeiter (verhinderten Exmittierung).

Bericht: Es handelt sich um einen Zusammenstoß mit der Polizei am 25. August gelegentlich einer Exmittierung, die die Angeklagten verhindern wollten. Im einzelnen lautete die Anklage auf tätlichen Angriff gegen Polizeibeamte, Landfriedensbruch, Beleidigung und Widerstandleistung.

Proletarier auf der Anklagebank 7 Monate nutzlos gequält.

Felsenbeck-Prozeß aufgefliegen.

Der Vorsitzende im Felsenbeck-Prozeß, Landgerichtsdirektor Bode, und der Berichterstatler Landgerichtsdirektor Kuhlo haben die Entscheidung des Kammergerichts zu Gunsten des durch Beschluß des Landgerichts III in Berlin von der Verteidigung ausgeschlossenen Rechtsanwalts Litten dadurch beantwortet, daß sie selber ihre Ämter im Felsenbeck-Prozeß niedergelegt haben.

In der Begründung für diesen Entschluß weist das Gericht auf die Bemerkung des Kammergerichts hin, daß das Vor-

gehen des Schwurgerichts gegen Rechtsanwalt Litten „vom subjektiven Standpunkt der Angeklagten aus Zweifel an der Unparteilichkeit der beiden Richter verständlich erscheinen“ lasse.

Die Folgen treffen vor allen die Angeklagten, die ihre bisherige Untersuchungshaft — für die meisten sieben Monate — und die 57 Tage zermürbenden Kleingefechts vor Gericht nutzlos über sich haben ergehen lassen. Die Schuld liegt beim Gericht, das sich mit dem Beschluß gegen Litten in eine Sackgasse hineinmanövriert hat.

Vereinfachung der preußischen Verwaltung.

Die kommissarische Preußen-Regierung hat durch Verordnung einen neuen Schritt zur Verwaltungsreform getan, dessen Bestimmungen spätestens am 1. April 1933, zum Teil bereits früher, in Kraft treten.

Die Hauptvereinfachung liegt bei den bisherigen Oberpräsidenten. Diese Behörden werden von der laufenden Verwaltungsarbeit und einer Reihe von Zuständigkeiten entlastet. Der Oberpräsident bekommt so mehr den Charakter eines öffentlichen Leben der Provinz beaufsichtigenden Kommissars der Staatsregierung (bzw. bei Fortschreiten der Reichsreform: der Reichsregierung), als eines Verwaltungsbeamten. Die

laufende Verwaltungsarbeit geht mehr auf die Regierungspräsidenten über.

Weitere Vereinfachungen liegen vor allem in der Zusammenlegung einzelner Fachverwaltungen (Schulwesen, Landeskulturämter) mit den Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten oder Landratsämtern.

Die Ersparungen, die diese Vereinfachungen ermöglichen, liegen zum großen Teil in einer Einschränkung des Beamtenapparates der Oberpräsidenten.

Im ganzen handelt es sich um eine an sich vernünftige Rationalisierung. Natürlich wird sie gegenwärtig dazu benutzt werden, um den gesamten Apparat strammer in die Hände der Reichsregierung zu nehmen und sitzengebliebene Republikaner weiter auszusortieren.

Von der internationalen Kampffront der Arbeiterschaft.

Leere Webstühle in Lancashire.

Die englische Regierung scheint auf der Suche nach einem Vermittlungsvorschlag zu sein, der geeignet ist, die Vertreter der Gewerkschaften und der Unternehmer wieder an einen Tisch und die Arbeiter an die Webstühle zu bringen. Es scheint nämlich so, daß die Streiklage der Arbeiter besser ist, als die Unternehmer erwartet hatten; diesen ist daher das vorher verschmähte Eingreifen der Regierung in den Konflikt nun doch erwünscht. Wie wir schon am Sonnabend berichteten, sind auch die Vertreter der Northern Counties Textile Federation verhandlungsbereit.

Mit jedem Tag verringert sich die Zahl der noch in Betrieb stehenden Webstühle. In Nordlancashire, wo sich 77 Prozent aller Webstühle befinden, liegt die Arbeit zum größten Teil still. In Südlancashire dagegen, wo 88 Prozent aller Spindeln liegen, die Zahl der Webstühle dagegen ziemlich klein ist, sind eine Anzahl von Städten noch gar nicht vom Streik ergriffen, während in anderen über die Hälfte der Webereien stillliegen. Wenn die Spinner sich dem Streik anschließen, werden wohl auch die noch arbeitenden Webereien in Südlancashire den Betrieb einstellen. Im Augenblick ist bei den Spinnern eine Urabstimmung im Gange, die die Entscheidung bringen wird, ob die Spinner eine 12prozentige Lohnkürzung annehmen oder in den Streik eintreten wollen. Ueber die Wahl, die die Arbeiter treffen werden, besteht wenig Zweifel: es ist fast sicher, daß sie in den nächsten Tagen die Arbeit niederlegen werden. Uebrigens liegen schon jetzt viele Spinnereien still, die infolge des Weberstreiks keine Arbeit mehr haben.

Einen Vorschlag für die Beilegung des Konflikts zu finden, fällt nicht nur der Regierung schwer; auch für die Gewerkschaften ist dies keineswegs einfach, und zwar aus drei Gründen:

1. Die Gewerkschaften haben bisher den Hauptkampf um die Wiedereinstellung der 3000 entlassenen Weber geführt. Dagegen scheinen die streikenden Weber weit mehr Interesse an der Verhinderung von Lohnkürzungen zu haben.

2. Da die Löhne in einzelnen Orten des Baumwollgebiets infolge lokaler Vereinbarungen verschieden sind, ist es nicht mehr einfach, einen gemeinsamen Vertrag für das ganze Gebiet zu schließen.

3. Ebenso steht es mit den sonstigen Arbeitsbedingungen: in manchen Teilen Lancashires haben die Weber erfolgreich gegen die Einführung des sechs- oder acht-Webstuhl-Systems gekämpft; in anderen Teilen konnten sie die Einführung des neuen Systems nicht verhindern.

Die Gewerkschaften werden also viel Energie einsetzen müssen, wenn sie verhindern wollen, daß sie in der Frage der 3000 entlassenen Weber unterliegen und daß der allgemeine Tarifvertrag, wenn er überhaupt zustandekommt, so aussieht, daß die Lage der besser gestellten Weber der Lage der unter ungünstigen Bedingungen arbeitenden angepaßt wird.

Vor dem Ende des belgischen Streiks?

Wie aus Brüssel gemeldet wird, haben die Bergarbeiter in Charleroi mit großer Mehrheit für Annahme des Vermittlungsvorschlags des Arbeitsministers zur Beilegung des Konflikts gestimmt. Allerdings geht aus der Meldung nicht klar hervor, ob es sich hier um eine Abstimmung der organisierten Arbeiter, oder um eine allgemeine Abstimmung handelt.

Auch auf dem am Sonntag in Brüssel tagenden nationalen Bergarbeiterkongreß stimmten 66 Prozent der dort vertretenen Bergarbeiter für Annahme der Vorschläge, die allerdings erst von einem paritätischen Ausschuß geprüft werden sollen.

Der Inhalt der Vorschläge des Arbeitsministers ist nicht bekannt.

Neuer Streik wegen nichtgezahlter Löhne in Polen.

In den Gruben und Hütten der Kattowitzer A.-G. sind die Arbeiter und Angestellten in den Streik getreten, um die Auszahlung rückständiger Lohnsummen zu erzwingen. Die Gesellschaft ist die Löhne schuldig geblieben, da sich die Bank geweigert hat, Russenwechsel zu diskontieren, obwohl die polnische Regierung dafür die Garantie übernommen hat. Die Angestellten sind, wohl um das Auftreten von Streikbrechern zu verhindern, auf der Arbeitsstelle erschienen, verrichten aber keine Arbeit.

In Chorzow ereignete sich am Sonnabend ein Zusammenstoß zwischen der Polizei und der Belegschaft der stillgelegten

Für Lohnzahlungen ist kein Geld da! Streikbruch wird finanziert.

Zum Streik bei Menck & Hambroek in Hamburg.

W. B., Hamburg, 4. September.

Seit dem 19. August steht die Belegschaft des größten Hamburg-Altonaer Eisenwerks, Menck & Hambroek, im Streik. Die Betriebsleitung hatte am Donnerstag, dem 18. August, dem Betriebsrat mitgeteilt, „daß diejenigen Arbeiter, die auf das Angebot der Firma (10 Prozent Lohnabbau und Arbeitszeitverkürzung) nicht eingehen wollen, am Freitag morgen nicht wieder zu kommen brauchen“. Die Belegschaft trat daraufhin in den Streik. (Siehe Nr. 197.)

Die kommunistische „Hamburger Volkszeitung“ hatte unter der Parole: „Tragt die antifaschistische Aktion in die Betriebe“, ihre Anhänger aufgefordert, Massenstreikposten zu stellen. Infolgedessen war an den ersten Streiktagen eine große Anzahl Arbeiter vor dem Betrieb erschienen. Jetzt, nach 14 Tagen, stehen nur noch wenige Arbeiter Streikposten, etwa 30 von der 150 Mann starken Belegschaft. Der Streik wird vom DMV geführt; die Streikposten sind Mitglieder des Verbandes.

Menck ist Vorsitzender des Verbandes der Eisenindustrie Hamburgs; er ist bei den Hamburger Metallarbeitern als Scharfmacher schlimmerer Sorte bekannt. Mit welchen Methoden er den Klassenkampf führt, geht aus folgendem Schreiben an Streikende hervor:

„Unter der Bedingung, daß Sie zur Zeit anderweitig nicht in Arbeit stehen, können Sie bei uns wieder in Beschäftigung

Die öffentlichen Versammlungen des ISK.

Berlin: Montag, 5. September, um 20 Uhr, im „Hackeschen Hof“, Rosenthaler Str. 40-41 (Nähe Bahnhof Börse). Thema: „Arbeiter-Regierung statt Regierung der Barone!“ Freie Aussprache. Eintritt frei.

Braunschweig: Dienstag, 6. September, 20.15 Uhr, Lesehalle, Hintern Brüdern 23. Thema: „Der Klassenkampf der Regierung Papen.“

Dortmund-Hörde: Dienstag, den 6. September, abends 8 Uhr, im Arbeiter-Samariter-Heim, Bollwerkstr. 40. Thema: „Der unbesiegte Marxismus — und was weiter?“

Freie Aussprache! Eintritt freil!

Lauragrube. Die Arbeiter wollten den Betrieb weiterführen, wurden aber von der Polizei daran gehindert.

Die Handelsmarine übt Solidarität mit den Hafnarbeitern.

In Gdingen haben sich die Seeleute der Handelsmarine dem Streik der Hafnarbeiter angeschlossen.

Bei einem Versuch der Arbeiter, schwedische Streikbrecher am Löschen eines Baumwolldampfers zu hindern, wurden mehrere der Streikenden von der Polizei verhaftet, doch gelang es ihren Genossen, sie wieder zu befreien.

Die Arbeitgeber des Transportgewerbes haben eine Delegation nach Warschau geschickt, mit der höflichen Bitte an die Regierung, den Streik niederzuknüppeln, weil er „den Interessen des national-polnischen Hafens außerordentlich schade“.

Am Montag früh ist die Arbeit im Hafen von Gdingen wieder aufgenommen worden. Die Arbeiter erhalten von jetzt ab 1,25 Zloty je Stunde bezahlt. Bisher wurden 1,10 Zloty je Stunde gezahlt.

treten und ersuchen wir Sie, sich am Montag, dem 5. September 1932, morgens 7 Uhr, bei unserm Pfortner Werk II zur Arbeit zu melden.

Es ist bereits wieder ein großer Teil Leute bei uns beschäftigt, der per Lastauto zum und vom Werk befördert wird.

Zu Ihrem persönlichen Schutz auf dem Wege vom Bahnhof zur Fabrik ist im Hauptbahnhof Altona Polizei stationiert, die Sie bis ins Werk begleitet und empfehlen wir Ihnen, gegebenenfalls hiervon Gebrauch zu machen. Es ist aber auch Schlafgelegenheit und ein besonderer Aufenthaltsraum im Werk vorhanden und eine Küche eingerichtet, die für Mittagessen und sonstige Lebensbedürfnisse sorgt.

Falls noch irgend welche Rückfragen Ihrerseits betreffen Ihrer Wiedereinstellung sein sollten, wollen Sie vorher im Hauptgebäude, Gr. Brunnenstraße 78, vorkommen.

Hochachtungsvoll
Menck & Hambroek G. m. b. H.
i. V.: Fricke.

Wohl verstanden: den Arbeitern sollte der Lohn gekürzt werden, da andernfalls der Betrieb wegen seiner schlechten wirtschaftlichen Lage stillgelegt werden müßte! Für die Zersprengung des Streiks ist natürlich genügend Geld vorhanden!

Die Lage der Streikenden ist sehr schwierig. Die Zahl der Streikbrecher wächst. Eine Anzahl „Stahlhelm“-Leute sollen in einem Werkgebäude schlafen und wohnen, eine andere Anzahl, etwa 20 Mann sind es jetzt, werden jeden Morgen unter starker Polizeibewachung mit einem Lastauto zum Werk gefahren. Am Sonnabend weigerte sich der Führer des Wagens, die Streikbrecher zu fahren, diese würden dann mit fünf Taxen in den Betrieb gebracht. Bei den Streikbrechern handelt es sich angeblich um auswärtige „Stahlhelm“-Leute und Nazis. Dem Stahlhelmbureau (Deutsche Hilfe) in Altona gelang es nicht, die angeforderten Streikbrecher zu vermitteln.

Die Firma hat mit den unkundigen Streikbrechern große Schwierigkeiten; wahrscheinlich könnte sie den Betrieb nicht aufrechterhalten, wenn nicht die Lehrlinge und, ein schlechtes Zeichen von Solidarität, die sogenannten Kontraktarbeiter, die eine Kündigungsfrist haben und deren Löhne nicht (noch nicht!) gekürzt worden sind, arbeiten würden. Diese Kollegen sind freigewerkschaftlich organisiert!

Verhandlungen zwischen der Gewerkschaft und der Betriebsleitung finden zur Zeit nicht statt.

Der Kaiser ging — die Generäle blieben.

73) THEODOR PLIVIER.

In der Maschinenfabrik „Schwartzkopf AG.“, Zinnowitzer Straße, hat eine Kolonne den Torpedo, den sie aus der Dreherei in den Lagerschuppen transportierte, stehen lassen und drängt sich vor einem an der Wand klebenden Flugblatt, das noch naß vom Druck ist.

Die Kaiserfrage vor der Entscheidung.

Kurzer Aufschub.

Arbeiter! Parteigenossen!

Ein Teil der gestern von uns aufgestellten Forderungen ist von der Regierung und den Mehrheitsparteien erfüllt worden. Das gleiche Wahlrecht für Preußen und alle Bundesstaaten auf der Grundlage des Verhältniswahlsystems soll ohne Verzug durch Reichsgesetz eingeführt werden.

Noch nicht erledigt ist die Kaiserfrage. Unsere Forderung auf sofortigen Rücktritt und Verzicht wurde aufgestellt unter der Voraussetzung, daß der Waffenstillstand mittig abgeschlossen sein würde. Diese Voraussetzung hat sich nicht erfüllt, weil die deutsche Delegation infolge äußerer Hindernisse heute vormittag im feindlichen Hauptquartier nicht eintreffen konnte. Der Abschluß des Waffenstillstandes würde aber gefährdet durch unseren Austritt aus der Regierung. Deshalb haben Parteivorstand und Reichstagsfraktion die gestellte Frist bis zum Abschluß des Waffenstillstandes verlängert, um erst das Aufheben des Blutvergießens und die Sicherung des Friedensschlusses herbeizuführen. Sonnabend treten die Vertrauensmänner der Arbeiter erneut zusammen.

Arbeiter! Parteigenossen! Es handelt sich also nur um einen Aufschub von wenigen Stunden.

Eure Kraft und Eure Entschlossenheit verträgt diesen Aufschub.

Der Vorstand der SPD und die Reichstagsfraktion.

„Eure Kraft und Eure Entschlossenheit“ — und darauf sollen wir reinfallen!“

„Kurzer Aufschub“ — so schieben sie schon vier Jahre lang.“

„Beim Kredite bowilligen waren sie schneller!“

„Wenn's Hindenburg besuchen ging, auch!“

„Ueberhaupt die Abdankung — fauler Zauber! Wenn der Kaiser nicht zusammen mit dem ganzen Plunder verschwindet, mit der ganzen Regierung und allen Bonzen dazu, dann ändert sich überhaupt nichts!“

Alle schimpfen und sind über den Inhalt empört. Einer kommt nach vorn und sagt:

„Ich glaube, Genossen, wir lassen uns keinen Sand mehr in die Augen streuen. Hier bei Schwartzkopf fällt keiner mehr auf so was rein!“ Dabei reißt er das Flugblatt ab und wirft es weg. Und niemand protestiert — die Maschinenfabrik Schwartzkopf ist eine Hochburg der Unabhängigen und der Revolutionären Obleute.

Auch in der AEG, Voltastraße, bei Siemens, in den Elektrizitätswerken, in den Gießereien und Werkzeugfabriken, in allen Berliner Betrieben stehen die Arbeiter und diskutieren über das letzte Flugblatt der SPD. Nicht überall ist die Stimmung so einheitlich gegen die politische Führung der Sozialdemokraten gerichtet wie bei Schwartzkopf. In vielen Betrieben bemühen sich die Vertrauensleute der alten Partei noch erfolgreich um die Führung der Belegschaft. Aber in der Kaiserabdankungsfrage sind selbst die SPD-Arbeiter nicht mehr zu Kompromissen geneigt. Wilhelm II., der für den Krieg verantwortlich gezeichnet hat, muß sofort verschwinden.

Die Arbeiter warten auf den Ruf zum Generalstreik. Aber das Zeichen zur Aktion wird nicht gegeben. Die Räder laufen wie immer, die Betriebe produzieren weiter. Und die vom Kabinett des Prinzen Max von Baden geforderte „Nationale Verteidigung“ droht verwirklicht zu werden.

Das Signal zur Aktion?

Nicht die Gewerkschaften haben es gegeben, nicht die Sozialdemokratie, nicht die Unabhängigen, — der kleinen illegalen Gruppe revolutionärer Obleute und ihrem Leiter Emil Barth, einem Außenseiter der Politik, blieb es vorbehalten, unterstützt von den Spartakusleuten, die Berliner Arbeiter zum Kampf aufzurufen.

Emil Barth hat aufregende Tage hinter sich.

Am Sonntag wurde der Leutnant Walz verhaftet. Im Anschluß daran wurde am Dienstag eine in viele Einzelheiten der Bewegung eingeweihte Genossin zu einer polizeilichen Vernehmung vorgeladen. Am Mittwoch wurden die Obleute in ihrem sichersten Lokal aufgestöbert. Barth, der als letzter die sofort abgebrochene Versammlung verließ, geriet vor dem Haus in die von drei vorfahrenden Lastwagen abspringenden Polizisten hinein. Wie angenagelt blieb er stehen, aber er fand die richtige Geste.

„Was ist denn hier los?“ fragte er scheinbar neugierig.

„Scheren Sie sich weg, oder ich lasse Sie arretieren!“

brüllte ihn einer der aufgeregt in das Haus stürmenden Polizeileutnants an.

Am gleichen Abend wollte Barth sich von einem Genossen einen Anzug aus seiner Wohnung holen lassen, die er seit der Verhaftung des Pionierleutnants nicht mehr aufgesucht hatte. Als er von der Straßenbahn abstieg, erblickte er seinen dreijährigen Jungen, der auf ihn zulief, gleich danach sah er seine Frau aus der offenen Tür eines Sarggeschäftes herauskommen.

Barth erricht sofort die Zusammenhänge.

Als er drei Tage vorher von Hause weggegangen war, lag sein ältester Sohn grippekrank und mit Fieber im Bett.

Er folgte seiner Frau in den Hausflur.

„Montag Nacht ist er gestorben, um sechs wird er eingesargt, du kommst gerade zurecht . . .“

Barth blickte auf seine vergrämte Frau und den an ihr Kleid geschmiegenen Jungen. Ueber ihre Schultern weg sah er ein Kind mit rachitischen Beinen über den Hof laufen.

„Auch wenn Vater und Mutter, wenn Bruder und Schwester auf dem Totenbett liegen . . .“ hatte er vor kurzem in einer seiner pathetischen Ansprachen vor den Obleuten ausgeführt.

Er machte sich von seiner Frau los:

„Nein, es geht nicht — ich kann nicht mit nach oben. Geh schnell und bring mir den andern Anzug, den braunen — ich muß gleich wieder weg.“

„Am Freitag ist die Beerdigung,“ sagte die Frau noch, dann ging sie und verschwand mit dem Kleinen in dem dunklen Treppenaufgang. Kurze Zeit später hatte er seinen Anzug.

Und heute ist Freitag, der 8. November.

(Fortsetzung folgt.)

Ein Streik in der Shanghaier Seiden-Industrie und die Gründe für sein Mißlingen.

A. B. Shanghai, Juli 1932.

Der zwischen dem 24. Juni und dem 10. Juli stattgefundenen Streik in der Shanghaier Seidenhaspel-Industrie ist in seinem Verlauf derart typisch für die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse Chinas, daß es sich lohnt, ausführlicher und im Zusammenhang über ihn zu berichten. Zunächst einige Angaben über den Industriezweig selber, der in normalen Zeiten über 50 000 Arbeiter (18 Prozent der Gesamtarbeiterschaft Shanghais) beschäftigte. Die Seidenhaspelerien, in denen der Seidenfaden aus den Kokons der Seidenraupe hergestellt wird, gehören, mit geringen Ausnahmen, zu den technisch rückständigsten Unternehmungen. Sie verwenden fast keine Maschinen, dafür aber die billigste und am wenigsten geschulte Arbeitskraft: Frauen machen dort 72 Prozent, Kinder — 24 Prozent der Belegschaft aus! Da die Arbeit der Kinder wenig Geschick erfordert, so trifft man dort Kinder im Alter von 7 bis 8 Jahren. Die Löhne gehören mit zu den niedrigsten Shanghais, und die Arbeitszeit beträgt 11 Stunden.

Trotz dieser unbarmherzigen Ausbeutungsmethoden sind die Profite der Unternehmer nicht groß. Die technische Rückständigkeit bedingt hohe Selbstkosten, und die chinesische Seidenindustrie ist daher wenig konkurrenzfähig. Die Ueberlegenheit von Maschinen und wissenschaftlich verbesserten Arbeitsverfahren gegenüber Kindern, die nicht einmal 3 Pfennig in der Stunde verdienen, erkennt man mit Deutlichkeit aus einer Vergleichung der japanischen und der chinesischen Seidenindustrie:

„Schlechte Rohstoffe und die Benutzung alter und minderwertiger Maschinen bedingen so hohe Selbstkosten der chinesischen Seide“, sagte der Geschäftsleiter einer der führenden chinesischen Großbanken in seinem Jahresbericht, „so daß sie weder im Preis, noch in der Qualität mit japanischen Produkten konkurrieren kann. Ungefähr 50 000 Ballen Seide könnten jährlich aus China ausgeführt werden, da aber die Seide sehr ungleichmäßig in ihrer Qualität ist, entspricht sie nicht den Bedingungen der amerikanischen Weberien. . . . Hohe Kokonpreise, schlechte Qualität, zusammen mit hohen Kapitalzinsen und Steuern, bedingten im letzten Jahr einen um 20 bis 80 Prozent höheren Seidenpreis in China gegenüber dem in Japan.“

Es ist lehrreich, zu sehen, wie die japanische Seidenindustrie während der vergangenen 25 Jahre den Weltmarkt (das heißt in erster Linie den Markt in den USA) erobert, während China — das Ursprungsland der Seide — weit dahinter zurückbleibt. Die Ausfuhr betrug in Tonnen (zu 1000 kg):

Ausfuhr von Seide aus Japan und China.

Jahr	Ausfuhr aus Japan	Ausfuhr aus China
1905	4 560 Tonnen	5 930 Tonnen
1909	8 270 Tonnen	7 990 Tonnen
1914	9 360 Tonnen	5 980 Tonnen
1919	15 020 Tonnen	8 580 Tonnen
1924	24 200 Tonnen	7 680 Tonnen
1929	29 200 Tonnen	9 430 Tonnen

Seit 1929 hat die Weltwirtschaftskrise allerdings auch der japanischen Seidenindustrie einen schweren Schlag versetzt; jedoch ist die chinesische Produktion wegen ihrer hohen Selbstkosten und des Mangels an vernünftiger staatlicher Hilfe viel schwerer getroffen. Von den 107 Seidenhaspelwerken Shanghais, die 1929 noch im Betriebe waren, arbeiten jetzt nur 33. Die Betriebe in der weiteren Umgebung Shanghais haben ganz zugemacht.

Diesen Zustand allgemeiner Depression (verschlimmert noch durch die Kämpfe in Shanghai, während der die Arbeit in allen Industriezweigen ruhte) benutzen die Unternehmer, um eine weitere Verschlechterung der Arbeitsbedingungen zu erzwingen. Der Lohn der Arbeiterinnen wurde von 50 auf 42 Silbercent pro Tag herabgesetzt (100 Silbercent sind nach dem jetzigen Kurs weniger als 90 Pfennig; ihre Kaufkraft ist allerdings höher), während die Arbeitszeit von 11 auf 12 Stunden erhöht wurde. Als Protest dagegen erfolgte der Streik.

Richtig gestreikt wurde in nur zwei Betrieben, mit etwa 1600 Arbeitnehmern. Da jedoch die Belegschaften auch in den anderen Betrieben trotz aller Bemühungen der sogenannten „Gewerkschaften“ (sie stehen ganz unter dem Einfluß der Unternehmer und der Regierung) unruhig wurden, in einigen Fällen sogar drauf und dran waren, in einen Sympathiestreik zu treten und durch die herbeigerufene Polizei nur noch mehr gereizt wurden, so eröffneten die Unternehmer von 23 anderen, in Tschapeh gelegenen Betrieben den Gegenangriff und sperrten etwa 12 000 Arbeiter aus. Von den 33 Seidenhaspelerien Shanghais standen somit 23 still; von insgesamt 18 000 Arbeitnehmern waren rund 14 000 arbeitslos.

Das war am 1. Juli. Schon am 5. Juli jedoch hatten 16 von den 23 ausgesperrten Betrieben bedingungslos kapituliert. Der Rest (darunter auch die 2 von Anfang an streikenden Betriebe) nahm die Arbeit am 10. Juli wieder auf, nachdem zwischen den Arbeiter-„Vertretern“ und den Unternehmern ein Abkommen erzielt worden war. Danach wird der Lohn statt auf 42 auf 45 Cent gesenkt, während die Arbeitszeit wieder 11 Stunden betragen soll. Daß die Arbeitszeit nicht auf 12 Stunden erhöht worden ist, kann allerdings schwerlich als Nachgeben der Unternehmer gedeutet werden; denn die Gesamtleistung kann durch die zwölfte Stunde kaum gesteigert werden. Das Ergebnis des Streiks ist somit eine Niederlage der Arbeiter.

Ihre letzte Schicht verfahren vor einigen Tagen 293 Bergleute der Zechen Jakobi-Vopdern der Gute-Hoffnung-Hütte bei Duisburg. Die Hüttenwerke der Gute-Hoffnung-Hütte, die bedeutende Abnehmer der Zechen waren, haben in den letzten beiden Jahren ihren Betrieb und damit ihren Kohleverbrauch wesentlich eingeschränkt. Auch nach den neuen Entlassungen werden monatlich vier bis fünf Feierschichten auf den genannten Zechen eingelegt werden.

Quittung

Über Spenden für den Presselonds des „Funkens“:
W. K. in M. 6.— M.; R. L. in B. 47,25 M.; A. B. in B. 50.— M.;
A. H. in H. 8.— M.; K. S. in B. 34,40 M.; H. O. in K. 10.— M.;
H. D. in O. 7,60 M.; H. J. in B. 180.— M.; R. K. in L. 10.— M.;
A. P. in M. 40.— M.; J. P. in B. 20.— M.; E. B. in B. 10.— M.
Wir danken allen Spendern herzlich und bitten, die Bemühungen um Stärkung des Presselonds weiter fortzusetzen.

Neben der Lohnkürzung fällt auch noch der Ausfall der bisher üblich gewesenen Fleißprämien und der Bezahlung für die Sonntage (an denen in den Haspelwerken nicht gearbeitet wird) ins Gewicht. Das monatliche Einkommen einer Arbeiterin beträgt demnach ungefähr 12 Silberdollar (etwa 11 Mark).

Die Gründe für dieses Mißlingen des Streiks sind zunächst offenbar im Fehlen einer die Interessen der Arbeiterschaft vertretenden Streikleitung zu suchen. Die Gewerkschaften sahen ihre Hauptaufgabe darin, die Ausbreitung des Streiks zu verhindern. Im Hintanhalten der Agitation „radikaler Elemente“ wetteiferten sie mit Polizei und Regierungsstellen.

Frellich darf man jedoch hierbei nicht die allgemeine wirtschaftliche und soziale Lage in China übersehen. Wie wir gesehen haben, arbeitet die Industrie unrentabel. Das gilt nicht nur für Seide, sondern auch für Baumwolle, wobei die Vergleichung zwischen den chinesischen und den in China arbeitenden japanischen Werken noch überzeugender die Schwäche der chinesischen Industrie bloßlegt. Die chinesischen Baumwollspinnereien besitzen 2 336 000 Spindeln, während die japanischen Fabriken in China (hauptsächlich die in Shanghai gelegenen) über etwa 1 500 000 Spindeln verfügen. Trotzdem ist die Menge der hergestellten Produkte in beiden Gruppen ungefähr gleich. „Genügend Kapital und ausgezeichnete Leitung“ auf seiten der Japaner, und „Mangel an Kapital, minderwertige Organisation, schlechte technische Ausrüstung und hohe Selbstkosten“ auf seiten der Chinesen wird von dem chinesischen Bankleiter als Hauptgrund für die Ueberlegenheit der japanischen Textilwerke angegeben. Trotz des Boykotts gegen japanische Waren waren die chinesischen Produkte häufig nicht in der Lage, gegen jene zu konkurrieren.

Der Mangel an Kapital, unter dem die chinesische Industrie zu leiden hat, ist nun aber fast ausschließlich durch politische und soziale Ursachen zu erklären. Das chinesische Kapital wird in der Hauptsache zwei Stellen zugeführt: erstens dem Markt für innere Anleihen der Regierung, der durch hohe Verzinsung die Geldgeber anlockt; zweitens der Spekulation in Bodenwerten (insbesondere in Shanghai, wo sich der Bodenpreis seit dem Jahre 1900 verzehnfacht hat). Produktive Unternehmungen können sowohl weniger Zinsen zahlen als auch weniger Sicherheit geben als Regierungsanleihen und Bodenwerte, weil die unregelmäßigen politischen Verhältnisse im Lande das nicht zulassen. Es ist übrigens bemerkenswert, daß sowohl die Shanghaier Bodenspekulation, als auch die Regierung in Nanking ihre Existenz dem Einfluß des fremden Imperialismus verdanken, der somit in erster Linie für die ungesunde und verhängnisvolle Verwendung des chinesischen Kapitals verantwortlich ist.

Dieser Hinweis auf die politischen Hintergründe des chinesischen Wirtschaftslebens soll dazu dienen, die unvermeidlichen Grenzen eines nur gewerkschaftlichen Kampfes aufzudecken. Innerhalb der bestehenden Gesellschaftsordnung in China ist eine erfolgreiche gewerkschaftliche Tätigkeit fast nicht möglich, wenigstens nicht im entferntesten in der Weise möglich, wie etwa im Westen. Alle Bestrebungen daher, die eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen zum Ziel haben, müssen politisch sein, d. h. müssen letzten Endes die Revolution erstreben.

Wie zwecklos alles andere ist, mag auch dadurch illustriert werden, daß es in China seit einem Jahr (seit dem 1. August 1931) ein Gesetz gibt, welches den Achtstundentag anordnet und die Anstellung von Kindern unter 14 Jahren verbietet. In Wirklichkeit arbeiten sieben- bis achtjährige Kinder 11 Stunden lang!

Was bringt der neue „ISK“?

B. H. Die Entwicklung zum Faschismus bringt eine neue Gefahr mit sich:

die Arbeitsdienstpflicht.

Zum Kampf gegen diese Gefahr hat Walter Fließ in einem Aufsatz im September-Heft des „ISK“ Material zusammengetragen.

Zwei Pläne über die Arbeitsdienstpflicht werden im ersten Teil dieses Aufsatzes behandelt: Der eine stammt von dem Nationalsozialisten Hierl und ist ganz auf den wilhelminischen Kommandotönen abgestellt; der andere ist entworfen von dem DINTA-Gründer, Oberingenieur Arnhold, und entspricht den Grundsätzen der „Bewirtschaftung des Menschen“.

Worin besteht die Gefahr der Arbeitsdienstpflicht? Fließ führt unter anderem folgendes an: Sie ist „eine gefährliche Konkurrenz für die um ihren Lohn kämpfende Arbeiterschaft“. Sie ist „ein Mittel, die vernünftige Selbstbestimmung der Arbeiter . . . zu unterbinden“. Sie gefährdet den sozialistischen Befreiungskampf.

Sozialisten sollten es sogar ablehnen, sich am freiwilligen Arbeitsdienst zu beteiligen. Denn es ist heute nur selten noch die Möglichkeit vorhanden, sich am freiwilligen Arbeitsdienst zu beteiligen, ohne der Reaktion zu helfen.

Abgesehen von all diesen Bedenken sprechen grundsätzliche Erwägungen gegen die Arbeitsdienstpflicht. Fließ weist nach, daß die Arbeitsdienstpflicht ein unrechtmäßiger Eingriff in die persönliche Freiheit des Einzelnen ist.

Gustav Heckmann untersucht im zweiten Aufsatz des Heftes:

„Mehr Politik! Zur Klassenlage in Deutschland“

die wichtige Frage, wie es möglich ist, „daß die heute herrschende Gruppe, die ökonomisch einen Haufen Bankrott repräsentiert, eine derartige Macht entfaltet, daß sie sich Herausforderungen der Arbeiterschaft leisten kann, wie am 20. Juli“. Die ökonomische Verschärfung der Klassengegensätze schreitet doch in Deutschland rapide fort. Heckmann gibt dafür drei Merkmale an: 1. wachsende ökonomische Schwierigkeiten der herrschenden Klasse; 2. wachsende Ausplünderung der ausgebeuteten Massen; 3. zahlenmäßiges Anwachsen dieser Massen. Auf Grund der marxistischen Theorie, nach der allein die ökonomischen Machtpositionen letzten Endes die Kämpfe in der Gesellschaft entscheiden, bleibt es unverstänlich, daß die ökonomische Verschärfung der Klassenlage nicht zu einer ungeheuren Steigerung der Energie des proletarischen Klassenkampfes führt.

Heckmann nimmt dann zu den Umständen, die die Klassenlage in Deutschland ökonomisch kennzeichnen, die nicht-ökonomischen Machtpositionen hinzu. Nach Nelson gibt es zwei Arten nicht-ökonomischer Machtpositionen in der Gesellschaft: die politischen (im engeren Sinne) und die kulturellen bzw. ideologischen. Zu den politischen gehören vor allem Reichswehr und Polizei sowie die anderen Machtpositionen des Staatsapparates. Unter den ideologischen zählt Heckmann vier als die heute bedeutsamsten auf: 1. das religiöse Interesse breiter Massen, das von der Kirche irreführend geleitet ist und eine Machtposition der Kirche darstellt; 2. den Nationalismus; 3. den Reformismus; 4. die Lehre vom Klassenkampf, die stärkste kulturelle Machtposition auf dem Aktivkonto der Arbeiterschaft.

Heckmann schildert dann am Beispiel der Politik Schleichers, was Politik, d. h. organisiertes Zusammenfassen der politischen, ökonomischen und ideologischen Machtpositionen, zu leisten vermag: durch dieses organisierte Zusammenbauen der Machtpositionen gelingt es Schleicher, die ökonomisch-klassenmäßige Schwäche einer Gruppe völlig auszugleichen. Auf Seiten der Arbeiterschaft fehlt diese Organisation der verschiedenen Machtpositionen zu einer einheitlich gerichteten Gesamtmacht:

es fehlt heute bei der Arbeiterschaft an Politik im strengen Sinne dieses Wortes.

Daran liegt es, daß die Arbeiterschaft die Macht nicht aufbietet, die ihr angesichts der furchtbaren ökonomischen Schwäche des Gegners nach der rein ökonomischen Theorie längst zufallen müßte.

Das Heft wird gegen Einsendung von 25 Pf. portofrei versandt von der Internationalen Verlagsanstalt G. m. b. H., Berlin S 14, Inselstr. 8 a.

Achtung! Gartenbesitzer!

Lassen Sie Ihr Obst zu naturreinem Saft (Süßmost) verarbeiten, dann haben Sie während des ganzen Jahres immer frisches Obst in flüssiger Form.
Aufklärende Prospekte kostenlos durch

Frischkost-Obstverwertung MAGDEBURG Otto-von-Guericke-Str. 104

Sie brauchen einen neuen Wintermantel!

Legen Sie Wert auf Haltbarkeit?
Dann kommt nur Maßarbeit für Sie in Frage
Achten Sie auf saubere Arbeit?

Dann lassen Sie nur arbeiten bei

R. SCHONHEIT
Herren- u. Damenmoden
Magdeburg, Otto v. Guerickestr. 104, L. 1.

Oberhemdenstoffe, Tricoline, Flanelle, Oxfords

günstige Posten Maccotuch
kauft man gut und billig bei

Kurt Levy,
Berlin O 112, Scharnweberstr. 16/17

BERLIN

KAMERA

Unter den Linden 14 — A 1 Jäger 2987
5. September: Die berühmten 3 Komiker:
Charlie Chaplin, Buster Keaton, Harold Lloyd

Ab 6. September: A. Room: Menschenarsenal

Ein Russenfilm
Fern: Die Affen von Suchum

Anfangszeiten: 17, 19 und 21 Uhr.

Freunde
und Leser des
„Funkens“!

Unterstützt
Eure
Zeitung!

Werbt Abonnenten!
Sammelt Anzeigen!
Bevorzugt bei Einkäufen
unsere Inserenten!

Zeitschriften, Broschüren, Flugschriften, Plakate

stellt schnell, sauber und billig her

Oscar Wettig, Gelnhausen

Sprechapparate Koffer/Schallplatten/Schränke

Schallplatten für Konzert und Unterhaltung in
allen Preislagen / Verlangen Sie Angebote!

**Otto Pfothenauer, Weimar,
Röhrstr. 40.**

Henri Barbusse und Romain Rolland riefen auf zum Antikriegskongreß.

Diese beiden Dichter erheben jetzt ihre Stimme gegen den unmittelbar drohenden Krieg; doch auch schon früher kämpften sie mit dem Proletariat.

Darum lest:

Henri Barbusse: Die Henker.

143 Seiten. Mit zwei Landkarten. Broschiert 2,50 Mark.

Barbusse berichtet als Augenzeuge aus der Hölle Europas: „Bulgarien, Rumänien, Jugoslawien, Orichenland sterben am weißen Terror.“

„Die Henker“ gehören in die Hände der Jugend, sie gehören in die Hände eines jeden denkenden ehrlichen Menschen.
„Welt am Abend“ Nr. 115, 1927.

Arnold Gysin: Die andere Hälfte der Pflicht.

Gedanken zum Briefwechsel zwischen Romain Rolland und Henri Barbusse.
46 Seiten. Geheftet 0,60 Mark.

Diese Schrift enthält die Wiedergabe der Diskussion zwischen Henri Barbusse und Romain Rolland über die Frage der Freiheit und der Gleichheit, sowie über die Frage der Gewaltanwendung. Diese in meisterhafter Sprache geführte Diskussion in der hier zusammengestellten Form gibt jedem Sozialisten die Möglichkeit, über diese für ihn besonders wichtigen Fragen zur Klarheit zu kommen.

Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin S 14, Inselstraße 8 a
Postcheckkonto: Berlin Nummer 313 42

Nationalismus auf dem Katholikentag.

Am Sonnabend wurden in den beiden großen öffentlichen Versammlungen des schwarzen Parlaments zunächst die beiden Antworttelegramme verlesen, die vom Papst und von Hindenburg eingelaufen waren.

Hindenburgs Telegramm lautete:

„Für das freundliche Meingedenken sage ich den zum 71. deutschen Katholikentag in Essen versammelten deutschen Männern und Frauen meinen aufrichtigen Dank. Ihr Gelübnis opferbereiter Mitarbeit nehme dankbar entgegen. Mögen Ihre Beratungen dazu beitragen, die christlichen Grundsätze im deutschen Volk und Staatsleben zu festigen und die Einigung unseres Vaterlandes zu einer wahren Gemeinschaft zu fördern. In diesem Sinne wünsche ich Ihrer Tagung reichen Erfolg.“

Der Tag schien im übrigen dem Nachweis gewidmet zu sein, daß

Katholizismus und Nationalismus

einander nicht ausschließen. Bei der im Grunde internationalen Geltung des katholischen Ziels kommen die führenden Katholiken selbstverständlich immer mit den Nationalisten der einzelnen Länder etwas in Schwierigkeiten, mit denen die katholische Kirche bisher auch trotz ihrer großen Geschicklichkeit in der Beherrschung und Dressur von Menschen bei weitem noch nicht fertig geworden ist. Von Zeit zu Zeit dringen selbst aus dem obersten Funktionärkörper dieser Kirche, aus dem Kardinalskollegium, Nachrichten über nationalistische Eifersüchteleien heraus. Diese Eifersüchteleien hat man seit langer Zeit dadurch gelöst, daß rund die Hälfte der etwa 70 Kardinäle, die das Kardinalskollegium umfaßt, Italiener sind, sodaß bei den notwendigen Abstimmungen im Kollegium eine gewisse Stabilität gesichert ist.

Das Interesse an internationaler Wirksamkeit hat die Katholiken im allgemeinen dazu geführt, sich von ausgesprochenen nationalistischen Exzessen freizuhalten; so hat z. B. der Bischof von Mainz seinerzeit offen gegen die NSDAP Stellung genommen, und auch der Papst selber hat in seiner Enzyklika „quadragesimo anno“ gegen die „übertriebene“ Betonung der Nation Stellung genommen, während die deutschen evangelischen Pastoren zu einem großen Teil offen für Hitler und seine gelben Garden Stimmung gemacht haben.

In Deutschland aber ist jetzt nun einmal das Nationale Trumpf, und außerdem legt es die Zentrums-Partei, d. h. die politische Vertretung der deutschen politischen Katholiken, darauf an, mit den Nationalsozialisten zusammen die Weimarer Verfassung so weit zu schützen, daß der Parlamentarismus erhalten bleibt, d. h. die Art, zu regieren, bei der das Zentrum am meisten Vorteile für seine Partei und den katholischen Staat einheimen kann.

Der Reichsverband für die katholischen Auslandsdeutschen

hielt in einer überfüllten Halle vor einigen tausend Besuchern eine mit allem äußeren Pomp, den man bei katholischen Aufmärschen gewohnt ist, ausgestattete öffentliche Versammlung ab. In dieser Versammlung wurde von dem Staatssekretär a. D. Dr. Brugger, darauf hingewiesen, wie sehr gerade die Katholiken sich um die Auslandsdeutschen kümmern müßten; denn

von etwa 80 Millionen Auslandsdeutschen seien mehr als die Hälfte Katholiken.

Der Bischof von Osnabrück, Berning, ein gewandter volkstümlicher Redner, sprach von der „engen Gemeinschaft zwischen Volkstum und Glauben“ und von der Aufgabe der

deutschen Jugend, die dazu berufen sei, deutsches Volkstum in der ganzen Welt mit aufzurichten und zu erretten.

Der Hauptredner des Tages, Steinwender aus Salzburg, schwang sich dann zu den höchsten nationalistischen Tönen auf:

„Wir glauben, daß unser Herrgott auch dem deutschen Volk im Abendlande noch eine große Aufgabe gestellt hat. . . . Der Notruf, der von allen Seiten ertönt, muß besonders von uns deutschen Katholiken gehört werden. . . . Ihr von Eupen-Malmedy, Ihr von der Saar, vom Sudeten-Deutschland,

Ihr mit der echt schlesischen Treue,

wisset, mit dem ganzen deutschen Volk sind die deutschen Katholiken des Mutterlandes Euch schicksalhaft verbunden. . . . Hinaus in den großen bedrohten deutschen Raum, wir glauben an unsere große Sendung, wir hoffen, daß wir sie zu meistern vermögen.“

Nach diesem schmetternden, an den „Angriff“ erinnernden Trompetenstoß konnte der Fraktionsführer der Bayerischen Volkspartei, der Prälat Leicht, leicht sagen:

„Nun soll noch einer wagen, zu sagen, katholische Geistliche könnten nicht national sein!“

In der öffentlichen Schlußversammlung am Sonntag sprach der österreichische Minister Schuschnigg. Auch bei ihm war die Rede von dem deutschen Kulturland, das Oesterreich und Deutschland gemeinsam darstelle:

„In diesem Sinn grüßt das katholische Wien die Stadt des Katholikentages, Essen, mit dem Versprechen, wie in der Vergangenheit, so erst recht in aller Zukunft mitzubauen an der gemeinsamen Front des einigen gesamtdeutschen Katholizismus.“

Die Parade auf dem Tempelhofer Feld. Der machtpolitische Hintergrund.

Hk. Der Himmel hatte kein Einsehen, und so geschah es bei Sonnenschein und frischer Brise, daß am Sonntag auf dem Tempelhofer Feld zweimal 180 000 Stahlhelmer-Beine im Parademarsch an einer Reihe führender und einer noch größeren Reihe abgestandener Reaktionäre vorbeigeschmissen wurden. Unter den führenden befanden sich die Spitzen der Reichs- und der Preußen-Regierung: Papen, Schleicher, Gayl, Bracht.

Die persönliche Ueberlegenheit Schleichers innerhalb dieser Gruppe war für den aufmerksamen Beobachter nicht schwer zu erkennen, und dieser Eindruck wurde noch verstärkt durch den Kontrast mit den Museums-Exzellenzen aus der alten Armee. Schleicher ist der Typ des Generalstäblers: ein Offizier, dessen Stärke mehr das Schauspiel mit den Machtpositionen als das Kommandieren ist; scharf geschnittenes Gesicht und feine Hände; anscheinend bei vorzüglicher Gesundheit; im Verkehr ebenso sicher und ungezwungen wie zurückhaltend und beherrscht. Den Parademarsch verfolgte er mit dem Ausdruck heiterer Zufriedenheit; der Schachspieler sah, daß er einen glücklichen Zug getan hatte.

Dieser Zug steht im Zusammenhang mit dem weniger glücklichen vom 13. August. Damals erhielt Schleicher Hitlers Absage, und dieser Absage zum großen Teil hat Seldte es wohl zu verdanken, daß sein „Stahlhelm“ fast über Nacht aus halber Vergessenheit ins Licht öffentlicher

Auf der Tagung des Augustinervereins zur Pflege der Presse sprach der Prälat Dr. Schreiber über die politische Lage. Er erklärte sehr bestimmt, daß es sich hier im Grunde um die Frage handle, ob der Reichstag dauernd ausgeschaltet oder auf „den Boden seines Rechts zurückgeführt“ werden würde.

„Wir müssen von unserer Weltanschauung aus Interesse für den Staat haben. Wir müssen protestieren, gegen das falsche Porträt, das vom Parlamentarismus gegeben wird. Wir sind gewöhnt, in Verfassungsfragen ganz besonders behutsam vorzugehen.“

Für viele trägt heute die Verfassung das Stigma des Marxismus — zu unrecht!

Ich glaube, daß die Historiker einer kommenden Zeit über die Weimarer Verfassung viel gerechter urteilen werden, als es heute geschieht. Eine einseitige zentralistische Reichsreform würden wir kaum mitmachen können. Die praktische Politik der nächsten Wochen muß für uns die Wiedereinschaltung der Volksvertretung sein. Jede andere Auslegung des Staatsbegriffes müßten wir bis zum letzten bekämpfen, weil sie undeutsch ist.“

Hier wird, wie man sieht, mit einer entschiedenen Wendung Herrn von Papen der Kampf angesagt für den Fall, daß er von seinem Plan der Reichstagsauflösung nicht läßt. Hier wird auch ebenso deutlich gesagt, daß die Weimarer Verfassung nicht marxistisch ist, sondern — was zwar nicht gesagt wird, was aber Herr Schreiber meint, daß sie für die Katholiken eine ausgezeichnete Grundlage schafft für die Ausbreitung der katholischen Herrschaft. Natürlich kann man Herrn von Papen nur dann Arm in Arm mit nationalsozialistischen Bundesgenossen bekämpfen, wenn man das Programm Herrn von Papens als undeutsch nachweist — was dem geschulten Katholiken natürlich keine Schwierigkeiten macht.

Beachtung gerückt ist. Denn nach dem 13. August bestand für die regierende Gruppe das Interesse, Hitler deutlicher fühlen zu lassen, daß sie auch ohne ihn kann. Daher die Teilnahme der Reichsregierung an den Veranstaltungen der Berliner „Stahlhelm“-Tage; daher die Gunst, deren sich die Organisatoren dieser Tagung seitens der Behörden zu erfreuen hatten — der Flugverkehr z. B. war für die Stunden der Parade vom Tempelhofer Feld nach Staaken umgelegt worden. Das Ganze war seitens der regierenden Gruppe geradezu eine Demonstration von Gunst gegenüber dem „Stahlhelm“. Den Sinn dieser Demonstration formulierte Papen offenerherzig, wenn auch ein wenig respektlos, in einer Bemerkung zu seinem Nebenmann: „Ich wünschte, Adolf würde dies sehen!“

Der „Stahlhelm“-Führer Seldte, der neben dem vergrämten und anscheinend isolierten Duesterberg einen geradezu lustigen Eindruck machte, fand für die Gunst der Stunde die Worte: „daß die Dinge, die die anderen nicht meistern konnten, von selbst an uns herankommen.“

Was hat Schleicher gewonnen,

indem er sich den „Stahlhelm“ fester verbunden hat?

Er benutzt und unterstützt, was Seldte (in seiner Sportpalast-Rede am Freitag) als Haupterfolg der Arbeit des „Stahlhelms“ buchte: „daß der Wehrwille bis heute in dem deutschen Volke nicht erstarben ist“. Auf diese Arbeit hat sich der „Stahlhelm“ bisher bewußt beschränkt; er hat es bisher abgelehnt, eine Partei zu sein und zu allen Fragen des politischen Lebens Stellung zu nehmen. Er hat Hunderttausende vom politischen Denken ferngehalten, hat in ihnen den soldatischen Geist gepflegt und dabei eine bestimmte Auslese getroffen: in den „Stahlhelm“-Kolonnen marschieren verhältnismäßig mehr Männer und weniger Jungen als bei der SA, mehr Soldaten und weniger Landknechte und Mörder als bei der SA. All dies hatte Seldte in langer Arbeit vorbereitet, sodaß Schleicher es jetzt mühelos nutzen kann.

Schleichers Bund mit jenen Soldaten liegt in gleicher Richtung wie seine Wehrmachtpläne, und die Tempelhofer Parade war gegenüber den ausländischen Diplomaten eine Demonstration: sie zeigte Schleichers Entschlossenheit, mit allen Mitteln an der Wehrhaftmachung Deutschlands zu arbeiten.

Die Hauptbedeutung des „Stahlhelms“ für die Schleicher-Gruppe aber liegt vorläufig auf dem Gebiet der Innenpolitik: das am Sonntag besiegelte Bündnis ist ein wesentlicher Schritt zur Festigung der feudalen Reaktion. Seldte hat als die beiden nächsten Ziele des „Stahlhelms“ bezeichnet:

1. die Einführung der „allgemeinen Dienstpflicht, dieser großen Volksschule“;

2. die Bereitstellung einer „bewußt nationalen Führerschicht, . . . die Bismarcks Werk fortsetzt und erfüllt“; natürlich ist diese Erfüllung nicht möglich ohne die „Sprenzung“ der „Systeme von Weimar und Versailles“.

Dieses Programm geht völlig zusammen mit den Arbeitsdienstplänen Papens und der von Herrn von Gayl angekündigten Verfassungsreform. Vor einigen Tagen ist ja sogar von dem Plan die Rede gewesen, dem Kabinett Papen durch Neubildung einer Partei aus dem Massonreservoir des „Stahlhelms“ so etwas wie eine parlamentarische Basis zu verschaffen.



Die Bedeutung des „Stahlhelms“ Tages für die Arbeiterschaft läßt sich in einer Feststellung zusammenfassen: während der Generalstäbler der Reaktion nach einem Plan einen neuen Schritt zur Verfestigung seines Machtsystems getan hat, lassen die Arbeiterführer immer noch die kostbare Zeit verstreichen, statt ihre Truppen zur einheitlichen Front zu formieren. Mit Schleichers Erfolg vom Sonntag ist die Aufgabe für die Arbeiterschaft wieder um einen Grad erschwert worden. Die Chancen der Arbeiterschaft andererseits liegen auf dem Gebiet, das vermutlich Schleichers schwächste Seite ist: in der Aufgabe, mit der Wirtschaftskrise fertig zu werden. Diese Aufgabe kann radikal nur die gelüste Arbeiterschaft lösen.

Hilfswerk allein tut's freilich nicht.

F. G. Die Gewerkschafts-Zeitung Nr. 35 veröffentlicht Mitteilungen über ein neues „Hilfswerk der Arbeiterschaft für die erwerbslose Jugend“.

„Die ungeheure Not der erwerbslosen Jugend stellt die Arbeiterbewegung vor große und schwere Aufgaben. Die Organisationen der Arbeiterbewegung haben jetzt, um diese Aufgaben möglichst einheitlich zu lösen, eine Arbeitsgemeinschaft mit dem Namen „Sozialer Dienst — Hilfswerk der Arbeiterschaft für die erwerbslose Jugend“ gebildet. Angeschlossen sind die nachstehend genannten Reichsorganisationen: Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, Allgemeiner freier Angestelltenbund, Hauptausschuß für Arbeiterwohlfahrt, Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit, Verband der Sozialistischen Arbeiter-Jugend Deutschlands, Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Zentral-Kommission für Arbeitersport und Körperpflege.“

Zweck des Sozialen Dienstes ist ein ständiges Zusammenwirken der angeschlossenen Organisationen zur Förderung und Durchführung aller Maßnahmen auf dem Gebiete der Arbeitshilfe für die erwerbslose Jugend. Unter Arbeitshilfe wird vor allem die Beschäftigung von jugendlichen Erwerbslosen in fachlichen Fortbildungskursen, die praktische Betätigung in Werkstätten, die Beschäftigung im freiwilligen Arbeitsdienst sowie die kollektive Selbsthilfe verstanden, die den Zweck hat, jugendlichen Erwerbslosen in stillgelegten Fabriken und Werkstätten Arbeit zu verschaffen und mit den Erzeugnissen dieser Arbeit Erwerbslose zu versorgen.

Der Zweck des Sozialen Dienstes soll in erster Linie erreicht werden durch:

1. Beratung aller mit der sozialen Arbeitshilfe zusammenhängenden Fragen von zentraler Bedeutung;
2. Herausgabe von Richtlinien und Anregungen für die praktische Durchführung der Arbeitshilfe (Nachweis von Arbeitsprojekten);
3. Vertretung von Forderungen und Wahrnehmung der Interessen der Arbeitshilfe gegenüber Reichs- und Staatsbehörden;
4. Sammlung und Auswertung von Erfahrungen auf dem Gebiete der Durchführung sowie Information und Beratung der angeschlossenen Organisationen zwecks Förderung der sozialen Arbeitshilfe;
5. Förderung und praktische Durchführung der Führerschulung für die Aufgaben der Arbeitshilfe;
6. Verkehr mit den bezirklichen und örtlichen Arbeitsgemeinschaften des „Sozialen Dienstes“.

Die Reichsarbeitsgemeinschaft ist auf Landesarbeitsgemeinschaften (Landesarbeitsbezirke) aufgebaut, die jetzt überall gebildet worden sind. Nach Bedarf sollen dann bezirkliche und örtliche Arbeitsgemeinschaften geschaffen werden. Zum Vorsitzenden der Reichsarbeitsgemeinschaft wurde der Kollege Walter Malschke gewählt, als stellvertretende Vorsitzende fungieren die Genossen Ollenhauer und Wildung. Die Geschäftsführung der Reichsarbeitsgemeinschaft liegt beim Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund.

Ein solches Hilfswerk der Gewerkschaften kann sicherlich manches gute haben, damit nicht noch größere Teile der Jugend den Militaristen ins Garn getrieben werden. Es hätte auch schon lange in die Wege geleitet sein können; der „Funke“ hat es jedenfalls gefordert. Aber das ist nicht der einzige Weg, der jungen Arbeitergeneration zu helfen. Der andere Weg, der einzige, der die junge Generation und die Arbeiterklasse überhaupt aus dem heutigen Elend herausführen kann, ist das Aufnehmen eines entschiedenen Kampfes gegen die Ausplünderung und Unterdrückung der Arbeiterschaft. Davor scheuen sich die Gewerkschaftsführer noch immer. Man kann ihr Verhalten heute nicht anders nennen, als daß sie ruhig zusehen, wie die Arbeiterschaft ausgepeitscht wird. Weiter als zu nationalen Phrasen über die Volksgemeinschaft und schließlich einem Telegramm an Hindenburg reicht ihre Entschlußkraft und ihr Abwehrwille heute anscheinend nicht.

Man lese einen solchen Sermon über die Volksgemeinschaft wie den folgenden, und man ist im Bilde über die Kräfte, die das Aufnehmen des Klassenkampfes verhindern.

In dem jüngsten Vierteljahresbericht des Gesamtverbandes in Frankfurt a. M. heißt es:

„Die Gewerkschaften wissen, daß die Not der Zeit Opfer fordert. Aber sie verlangen im Geist wahrer Volksgemeinschaft eine sozial gerechte Verteilung unvermeidbarer Lasten. Ein Staat, der sich in erster Linie zum Schutze des Besitzes bereit findet, *verkennt seine vornehmste nationale Aufgabe.* (Wir meinen, er ist ein Ausbeuter- und Klassenstaat. F. G.) Die Gewerkschaften appellieren an alle Kräfte in Staat und Volk, denen die Einheit des Volkes und das Wohl der Gesamtheit am Herzen liegen, sich mit ihnen in der Bekämpfung dieses sozialen Unrechts zu vereinen. Sie sind entschlossen, ihre ganze Kraft einzusetzen, um den breiten Massen des Volkes wieder den Lebensraum zu verschaffen, der die unerlässliche Voraussetzung für die Gesundheit von Wirtschaft und Staat ist.“

So wie die kapitalistische Ausbeutergesellschaft weiterexistiert, weil die Massen des Proletariats in Passivität verharrten, so wird Volksgemeinschaftsgeist und Reformismus in den Gewerkschaften weiterherrschen und tiefer Wurzel schlagen, solange das Gros der gewerkschaftlichen Mitglieder in Passivität verharrt. Den Gewerkschaftskollegen ist damit ihre Aufgabe gezeigt. Nehmt teil an der Gewerkschaftsarbeit. Es gibt keinen anderen Ausweg heute. Der Besuch der Mitgliederversammlungen ist der erste Schritt. Zeigt, daß Ihr da seid, daß die gewerkschaftlichen Fragen Euch interessieren, daß Ihr zum Kampf bereit seid. Nehmt den Leitungen die Absage, daß die Mitglieder nicht kampfbereit seien.

Rückkehr zur Handelspolitik?

Macht die Schweiz den Anfang?

Daß die Schweiz ihre Exportindustrie nicht vernachlässigen kann, daß auf die Dauer gesehen eben doch die wirtschaftliche Blüte des Landes von dem Gedeihen dieser Industrie abhängt, ist so oft gesagt und bewiesen worden, daß es auch von den Gegnern der Exportindustrie nicht etwa bestritten wird. Man will der Exportindustrie helfen, nur das „Wie“ erweist sich als ungeheuer schwierig.

Subventionen an die Exportindustrien — ein Fehlschlag.

Es wird erinnerlich sein, daß Anfang dieses Jahres ein schüchtern Versuch gemacht wurde, auf die Exportindustrie das gleiche Rezept anzuwenden, das bei der Landwirtschaft und der Hotel-Industrie so gut geholfen hatte, nämlich ihr Subventionen zu geben. (Vergleiche Nr. 74.) Man nannte das produktive Erwerbslosenfürsorge, und die Sache war so gedacht, daß einzelne Betriebe zum Zwecke der Hereinnahme von Aufträgen, die ohne Subventionen nicht zu erlangen waren, unter gewissen Bedingungen staatliche Zuschüsse erhalten sollten. Die Exportindustrie selber hat sich von Anfang an gegen diese Versuche ausgesprochen, und es ist denn auch von dieser produktiven Erwerbslosenfürsorge nur noch wenig gesprochen worden. So viel man hört, sind bisher nur ganz bescheidene Mittel von diesem Kredit in Anspruch genommen worden.

Kompensationsverkehr — auch ein Fehlschlag.

Große Hoffnungen setzte man sodann auf die Einrichtung des sogenannten Kompensationsverkehrs. Man versteht darunter bekanntlich die Bewirtschaftung der Einfuhr für gewisse Massengüter mit dem Zweck, dadurch die Lieferländer zu einer besseren Berücksichtigung der schweizerischen Exportindustrie zu veranlassen. Zum Teil war dieser sogenannte Kompensationsverkehr nichts anderes als eine Antwort auf die Devisenbewirtschaftung zahlreicher Länder. Zum anderen Teil war er als handelspolitisches Druckmittel gedacht, und man vertrat sogar vielfach die Meinung, daß vermittels desselben sich ganz neue handelspolitische Möglichkeiten verwirklichen ließen.

Die technische Vorbereitung dieses Kompensationsverkehrs hat überraschend gut geklappt. Die Bildung der verschiedenen Zentralstellen in Form rechtsfähiger Vereine, denen sich die Importeure anschließen hatten, ging ziemlich programmäßig vor sich. Auch schienen die ersten Erfahrungen den Nutzen der neuen Einrichtung klar zu beweisen. Denn der handelspolitische Druck erwies sich anlässlich der ersten deutsch-schweizerischen Verhandlungen im Juni dieses Jahres als wirksam, als die Schweiz den Fortbestand ihrer Kohlenbezüge in Deutschland in die Waagschale warf. Und was die Länder mit Devisenbewirtschaftung anlangt, so ließ sich ein Abkommen mit Ungarn schließen, durch das die Schweiz einen großen Posten ungarischen Weizens beziehen sollte, dessen Kaufpreis größtenteils zum Auftauen festgefrorener Waren-Guthaben in Ungarn verwendet werden sollte.

Aber in der Folge gab es eine große Enttäuschung, als gerade dieses ungatliche Geschäft kurz vor der Ausführung noch fehlschlug.

Seither ist es um den Kompensationsverkehr auffällig still geworden, und man fragt sich in der Schweiz mehr und mehr, ob man sich nicht zu viel von ihm versprochen habe. Dieser Tage hat die „Zürcher Volkszeitung“, ein freisinniges Blatt, das nicht etwa zu der Berner Politik in Opposition steht, sich sehr kritisch über den ganzen Kompensationsverkehr geäußert. Vorläufig seien mehr seine Schwierigkeiten als seine Anwendungsmöglichkeiten an den Tag getreten: Eine ungeschickte und übertriebene Anwendung der Kompensationsverkehrs-Möglichkeiten könne geradezu zu einer weiteren Erschwerung des internationalen Güterausstausches, zu weiteren Hemmungen und zu Vergeltungsmaßnahmen führen. Das Blatt glaubt denn auch zu wissen, daß die Organisation dieses Kompensationsverkehrs vorläufig nur Ländern gegenüber spielen soll, die im Devisenverkehr Schwierigkeiten bereiten.

Man hört denn auch nicht mehr viel von neuen Kompensationsverhandlungen. Einzig für Benzin und Heizöl scheinen Verhandlungen mit Polen und Rumänien, vielleicht auch mit der Sowjet-Union eingeleitet oder beabsichtigt zu sein.

Wieder Handelsvertragsverhandlungen!

So ist es kein Wunder, daß die Gedanken der Exportindustrie wieder mehr und mehr zu dem alten bewährten Mittel der Handelsverträge zurückkehren. „Ebenso einmütig war die Versammlung in der Forderung, daß mit einer ganzen Reihe von Staaten sofort Handelsvertragsverhandlungen in die Wege geleitet werden, um die wirtschaftlichen Hemmnisse, die Export und Handel in so großem Maße beeinträchtigen, zu beseitigen. In diesem Zusammenhang ertönte der Ruf nach einer Rückkehr zum Prinzip des freien Handels, wofür ein weitgehender Abbau der Einfuhrbeschränkungen, Kontingentierungen und Zölle nötig ist.“ Diese Sätze sind einem Bericht über eine Konferenz sämtlicher Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Verbände der ostschweizerischen Textil-Industrie entnommen, die am 10. August in St. Gallen stattgefunden hat. Diese Konferenz stellt ein beachtliches Zeichen dar. Denn bisher waren alle Versuche, die auseinanderstrebenden Interessen der verschiedenen Zweige der ostschweizerischen Textil-Industrie wenigstens handelspolitisch unter einen Hut zu bringen, erfolglos. Was die Stickerei anstrebte, gefiel oft dem Stoffhändler oder dem Ausrüster nicht, und umgekehrt. Daß nun diese Industriellen und ihre Arbeitnehmer zusammen aufgestanden sind, wird man in Bern nicht überhören können.

Wenn diese Verbände von Handelsverträgen sprechen, so meinen sie in erster Linie die Verhandlungen mit Deutschland. Die Kündigung des deutsch-schweizerischen Handelsvertrages hat eben doch nicht nur der deutschen Industrie einen schweren Schlag versetzt; auch zahlreiche Zweige der schweizerischen Exportindustrie, in erster Linie die Stickerei und Uhren-Industrie, leiden stark unter den deutschen Zoll-erhöhungen, die der Wegfall der Vertragsätze automatisch mit sich brachte.

Milderung der Einfuhrbeschränkungen?

Die St. Galler Versammlung hat eingesehen, daß solche handelspolitischen Erleichterungen durch ein schweizerisches Einlenken auf dem Gebiete der Einfuhrkontingentierung er-

kauf werden müssen. Für ein solches Einlenken scheint in der Tat die Zeit reif zu sein.

Mit den Einfuhrbeschränkungen verfolgte die Schweiz bekanntlich ein doppeltes Ziel, den Schutz der einheimischen Industrien und die Verbesserung der Zahlungsbilanz. Das erste Ziel hat sie verwirklicht, das letztere hat sie nicht erreicht, konnte es aber auch nicht erreichen. Denn solange die Schweiz fortfährt, alle realisierbaren Auslandsguthaben heimzurufen, muß die Einfuhr hoch bleiben.

Dagegen steht es heute schon fest, daß das andere Ziel der schweizerischen Einfuhrbeschränkungen, nämlich die Besserung der Geschäftslage einheimischer Fabriken in ansehnlichem Umfange verwirklicht worden ist. Schon bald nach Einführung der Beschränkungen meldeten die Arbeitsämter, daß die geschützten Industrien keine Arbeiter-Entlassungen mehr vornahmen, vielmehr neue Arbeiter einstellten. Mittlerweile hat das Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit seinen üblichen Bericht über die Lage der Industrie im zweiten Quartal 1932 vorgelegt. Obwohl am Ende dieses Berichts- quartals die Einfuhrbeschränkungen noch gar nicht lange in Kraft waren, zeigt der Bericht deutlich, wie der Beschäftigungsgrad der geschützten Industrien zugenommen hat. Das Bundesamt arbeitet bei seinen Erhebungen mit Index-Ziffern innerhalb einer Skala von 50 bis 150. Dies vorausgesetzt, wird die nachstehende Tabelle sehr deutlich zeigen, in welchem Umfang schon Ende Juni dieses Jahres die Einfuhrbeschränkungen der einheimischen Industrie zugute gekommen waren:

	Beschäftigungskoeffizient		
	2. Quartal 1931	1. Quartal 1932	2. Quartal 1932
Baumwollgewebe	62	81	86
Seidengewebe	59	53	60
Teppiche	50	86	95
Filze und Filztuche	62	61	75
Posamenterie	71	75	108
Wirk- und Strickwaren	78	69	76
Schuhwaren	86	69	74
Lederwaren	91	79	111
Möbel	83	76	91
Glashütten	103	77	104

Aus der Arbeitslosen-Statistik läßt sich zudem schätzungsweise entnehmen, daß die Arbeitslosenziffer der Schweiz, die ja verglichen mit derjenigen anderer Länder immer noch recht niedrig ist, durch die Einfuhrbeschränkungen um mindestens 10 Prozent vermindert worden ist.

So sollte es heute möglich sein, mit dem Abbau der schweizerischen Einfuhrkontingentierung zu beginnen und dagegen Erleichterungen für die schweizerische Export-Industrie einzutauschen. Damit würde die Schweiz gleichzeitig ihrem einheimischen Handel einen großen Dienst erweisen. Denn mehr als je wird es klar, daß die Schweiz mit ihrer Einfuhrkontingentierung zu weit gegangen ist. Die schweizerische Presse hat das oft genug festgestellt. Man hat in einzelnen Fällen Industrien geschützt, die für die Versorgung der Schweiz gar kein entscheidendes Wort mitzusprechen können; oft wirkt eine Einfuhrbeschränkung nur zu Gunsten einer einzigen Fabrik. Außerdem sind die Kontingente in vielen Branchen viel zu niedrig angesetzt. Die Folge davon ist, daß sich der alteingesessene Großhandel um seine Umsätze betrogen sieht und Personal entlassen muß; die weitere Folge, daß den Konsumenten immer wieder Preiserhöhungen bedrohen. Solche Überspannungen der schweizerischen Einfuhrpolitik zu beseitigen, liegt also auch im innerpolitischen Interesse der Schweiz.

So sollte man annehmen, daß die wohl bald bevorstehende Wiederaufnahme der deutsch-schweizerischen Wirtschaftsverhandlungen unter nicht ungünstigen Vorzeichen erfolgen kann. Na. (Zürich.)

Planlosigkeit als System?

Die holländischen Kontingentierungsmaßnahmen für die Zeit vom 1. August 1932 bis zum 28. Februar 1933 gegen die Einfuhr von Strümpfen und Socken, Teppichen und Wäsche ergeben folgendes bunte Bild:

Strümpfe und Socken: Japan ist hier der Hauptleidtragende; seine Einfuhr nach Holland wird um 72 Prozent gekürzt. Deutschland dagegen darf für 3,5 Millionen Gulden einführen, während es in den ersten sieben Monaten dieses Jahres für 4,2 Millionen Gulden eingeführt hatte. Sämtliche übrigen Lieferanten werden aber noch weit besser behandelt: sie dürfen mehr als bisher einführen.

Teppiche: Hier ist ein Unterschied zwischen solchen aus Wolle und Halbwolle und denen aus Plüsch und Bouclé zu machen. Was die ersteren angeht, so wird am stärksten die Türkei betroffen, deren Einfuhr um 75 Prozent gekürzt wird, an zweiter Stelle folgt Deutschland (— 35 Prozent). Der größte Teppichlieferant Hollands, nämlich England, erfährt eine Kürzung um 23 Prozent. — In der anderen Sorte muß Deutschland als der größte Lieferant sich eine Kürzung von 1,35 auf 1,13 Millionen Gulden oder um 16 Prozent gefallen lassen, Belgien um 45 Prozent. Für England beträgt die Kürzung 19 Prozent, für Frankreich 24 Prozent, während die Tschechoslowakei ihre bisherige Einfuhrmenge beibehält.

Bei der Wäsche-Einfuhr wird Deutschland, das an erster Stelle steht, um 37 Prozent, Belgien um 4 Prozent, Italien um 83 Prozent, England um 64 Prozent, die Tschechoslowakei um 52 Prozent in der Einfuhr beschnitten, während Frankreich um 170 Prozent mehr einführen könnte als in den ersten sieben Monaten dieses Jahres.

Wem zu Liebe, wem zu Leide geschieht das alles? Daß die Massenkaufkraft in Holland leiden wird, ist im Fall von Socken völlig klar: Japan lieferte das Paar zu 9 Cents, während die übrigen Einfuhrländer 19,5 bis 57,7 Cents für das Paar forderten.

Das ist Handelspolitik.

Australien: Die Regierung hat sämtliche von der bisherigen Regierung Scullin verfügten Einfuhrverbote aufgehoben. Es fallen also die Einfuhrverbote zum Beispiel für Funkempfangsgeräte, Akkumulatoren, Batterien, Strohholz, gußeiserne Röhren. — Die Zölle auf Textilwaren und gewisse Maschinen werden herabgesetzt.

Vom Kampf um Sowjet-Aufträge

Englische Arbeiter gegen englische Regierung, für russische Aufträge.

In Manchester sind Unternehmer und Arbeiter in Sorge, daß die Regierung ihnen durch die Verhandlungen über große Textilaufträge der Sowjet-Union einen Strich macht dadurch, daß sie die übliche Exportkredit-Garantie für 18 Monate verweigert. Der Sekretär des Gewerkschaftsrats von Manchester und Salford (entspricht einem deutschen Gewerkschafts-Ortskartell) hat an 6000 Arbeiterorganisationen und einzelne Arbeiter ein Rundschreiben gerichtet, in dem es heißt:

„Ich habe den Auftrag, Ihre Aufmerksamkeit auf die tragische Tatsache zu lenken, daß Tausende von Gewerkschaftsmitgliedern, die bei der Erledigung russischer Aufträge volle Beschäftigung finden könnten, zum Elend der Arbeitslosigkeit verdammt sind, weil die Regierung sich weigert, den englischen Unternehmern, die die russischen Aufträge ausführen wollen, die notwendige Garantie zu geben.“

Es ist unbestreitbar, daß während der letztvergangenen Monate Sowjet-Aufträge im Werte von 3 Millionen Pfund Sterling (45 Millionen Mark) zuerst unseren Maschinenbau- und Elektrizitätsfirmen angeboten wurden und dann in andere Länder verlegt wurden, weil die Regierung sich weigerte, für die notwendigen Garantien zu sorgen. Es ist ferner bekannt, daß Sowjet-Aufträge für einen weit höheren Betrag verfügbar wären, aber gar nicht angeboten werden, weil die Haltung unserer Regierung in bezug auf die Kreditgarantien bekannt ist.

Allein schon die Aufträge für 3 Millionen Pfund würden nach der Schätzung des früheren Präsidenten der Vereinigung der britischen Handelskammern für 16800 Arbeiter auf ein Jahr Beschäftigung gegeben haben zu einem durchschnittlichen Lohn von 3 Pfund Sterling (45 Mark) in der Woche; dadurch wäre, Frauen und Kinder eingerechnet, der Unterhalt für etwa 67200 Personen gesichert worden.

Es ist unbestreitbar, daß zur Zeit ein geringeres Risiko darin liegt, Sowjet-Wechsel zu garantieren als Wechsel irgend eines anderen Landes. Denn die Sowjet-Union ist das einzige Land auf der Erde, das gegenüber keiner englischen Firma ein einziges schlechtes Schuldversprechen eingegangen ist, und sie ist heute das einzige Land auf der Erde, dessen Produktion von Monat zu Monat stetig steigt. . . .

Angesichts all dieser Umstände rechnet unser Gewerkschaftsrat darauf, daß Sie sich unverzüglich mit dem Premierminister in Verbindung setzen, ferner mit den Parlamentsmitgliedern Ihrer Gegend und mit Ihren Lokalbehörden und darauf dringen, . . . daß das Exportkredit-Garantieamt denjenigen englischen Unternehmungen jede mögliche Hilfe gewährt, die russische Aufträge annehmen wollen. Das ist nötig, um den Beschäftigungsgrad in England zu erhöhen, um Tausende von Gewerkschaftsmitgliedern und deren Angehörige vor den Leiden verlängerter Arbeitslosigkeit zu bewahren.“

Handelspolitik gegen den Handel.

Belgien: Der Landwirtschaftsminister stellte auf einer Tagung der landwirtschaftlichen Vereinigung in Aussicht, daß die Einfuhr von Zuckerrüben kontingentiert und daß Maßnahmen gegen die Einfuhr von Kartoffeln erörtert werden sollen.

Dänemark: Den Einfuhrhändlern wurden neuerdings für Eisenwaren nur so viel Devisen bewilligt, daß sie 4 Prozent der vorjährigen Mengen einführen können. Für Glas und Porzellan lauten die entsprechenden Ziffern 3, für Modewaren 5 Prozent. Durch diese Maßnahmen wird besonders die Einfuhr aus Deutschland gedrosselt. Dänische Großhändler drohen mit Personalentlassungen.

England: Das Schatzamt hat auf Empfehlung des Zollbeirates unter anderem folgende Zollsätze verfügt: Lederhandschuhe 30 Prozent (bisher 20 Prozent). Erhöht werden die Zölle für eiserne und stählerne Holzschrauben, Scheren, Haarkämme, Packpapier, Geflügel, Würste (jetzt 30 Prozent), Druckertinte, Lacke und Emaillefarben, die bisher ausgenommen waren, werden den allgemeinen Farbzöllen unterworfen.

Indien: Die Wertzölle auf nichtbritische Baumwollstrickwaren werden von 31¼ auf 50 Prozent erhöht. — Die englische Baumwollindustrie erhält dadurch einen wesentlichen Vorsprung vor der japanischen Konkurrenz.

China: Um dem Ausfall auszugleichen, der infolge Beschlagnahme der mandchurischen Zölle durch die mandchurische Regierung entstanden ist, hat die chinesische Regierung eine Zollerhöhung bis zu 30 Prozent auf Seide, Weine, Medikamente, Indigo und andere Farbstoffe beschlossen.

Italien: Der Landwirtschaftsminister kündigt an, daß die italienischen Schutzzölle auf Vieh und tierische Erzeugnisse durchschnittlich versechsfacht werden.

Frankreich: Nach Inkrafttreten des französisch-spanischen Abkommens über die Kontingentierung der Obsteinfuhr trafen 40 Waggon Obst aus Südspanien an der französischen Grenze ein. Ein Verkauf in den Grenzorten war aussichtslos. So wurden die 40 Waggon Obst im Wert von 160000 Mark ins Meer geschüttelt.

Irland: Die Regierung hat neue Zölle auf folgende Waren gelegt: Konservenfleisch, Eier und Eiprodukte, sowie Gemüse mit Ausnahme von Kartoffeln, frischen Tomaten und Gurken. In allen Fällen ist ein Vorzugszoll für britische Waren in Höhe von Zweidritteln des Normalzollens festgesetzt worden.

TÜRKI

Erfolg der Einfuhrbeschränkungen: Im ersten Halbjahr 1932 war der Außenhandel infolge der Kontingentierungsmaßnahmen und der verschärften Devisenhandels-Bestimmungen mit rund 350000 türkischen Pfund aktiv (700000 Mark). 1931 ergab sich in demselben Zeitraum ein Einfuhrüberschuß von 15 Millionen türkischen Pfund.

DÄNEMARK

Deutsch-englische Konkurrenz: Gleichzeitig mit der großen englischen Warenmesse in Kopenhagen, die für den Absatz englischer Waren in Dänemark in großem Maße werben soll, findet in Kopenhagen eine Ausstellung deutscher Metallwaren statt (Ende September bis Anfang Oktober).